

# Antisemitische Vorfälle in Berlin 2025

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle  
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)



# Impressum

**Herausgeber\_innen** Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)  
Telefon: 030 / 817 98 58 21  
presse@rias-berlin.de

Berlin, 1. Auflage 2026

**ISSN** 2569-8222

**V. i. S. d. P.** Bianca Klose / Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

## **Text, Konzept, Redaktion**

Ruth Hatlapa und Julia Kopp zusammen mit Jonas Empen, Christiane Ketteler, Charlotte Sternberg  
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

**Layout und Grafik** gegenfeuer.net

**Lektorat** Frank Engster

**Bildnachweis** Die Bildrechte verbleiben beim VDK e. V. bzw. auf Seite 30 bei dem genannten Fotografen.

**RIAS Berlin** ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V. und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

**Urheberrechtliche Hinweise** © Copyright 2026 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber\_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber\_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

**Haftungsausschluss** Die Informationen und Hinweise in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und formuliert. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber\_innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt die Herausgeber\_innen keinen Einfluss haben. Deshalb kann für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernommen werden. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die jeweilige\_n Anbieter\_innen oder Betreiber\_innen der Seiten verantwortlich.

**Gender\_Gap** Der VDK e. V. benutzt in seinen Texten den Gender\_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

**Titelseite** ı „Nun“ ist der 14. Buchstabe im hebräischen Alphabet. Die Wiederholung und Anordnung zu einem Muster ist inspiriert von antiken Schriftbildnissen, künstlerischer Kalligraphie und funktionaler Typographie.

# Inhalt

- 4 Einleitung**
- 6 Im Überblick: Zentrale Entwicklungen 2025**
- 12 Antisemitische Vorfälle in Berlin 2025**
- 46 Die Statistik auf einen Blick**
- 54 Antisemitische Vorfälle auf Versammlungen  
in Berlin 2025**
- 70 Beispiele**
- 80 Begrifflicher Rahmen und Kategorien**

# Einleitung

Das vorliegende zivilgesellschaftliche Lagebild der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) dokumentiert antisemitische Vorfälle im Jahr 2025 und analysiert deren Erscheinungsformen und Entwicklungen. Ziel des Berichts ist es, auf Grundlage systematisch erhobener und verifizierter Meldungen ein möglichst umfassendes Bild antisemitischer Dynamiken in Berlin zu zeichnen und ihre Auswirkungen auf Betroffene sichtbar zu machen.

2197 antisemitische Vorfälle hat RIAS Berlin 2025 in Berlin dokumentiert. Die von RIAS Berlin dokumentierten Daten zeigen, dass antisemitische Vorfälle in Berlin seit dem 7. Oktober 2023 stark angestiegen sind; das hohe Vorfallaufkommen hielt auch im Jahr 2025 an. Obwohl bei einzelnen Vorfällen, etwa bei Angriffen und gezielten Sachbeschädigungen, gegenüber 2024 weniger Vorfälle bekannt geworden sind, liegen die Gesamtzahlen weiterhin deutlich über dem Niveau der Jahre vor 2023.

Die Erfahrungen der Betroffenen bilden die Grundlage für diesen Bericht. Sie verweisen nicht nur auf einzelne Vorfälle, sondern auf ein gesellschaftliches Klima, in dem antisemitische Äußerungen und Handlungen möglich sind – und zu oft unwiderrprochen bleiben. Antisemitische Vorfälle sind keine isolierten Ereignisse. Die Auseinandersetzung mit antisemitischen Erfahrungen, (er-)fordert Ressourcen: zeitliche, soziale, politische, emotionale, psychische, wirtschaftliche. Auch im Falle einer juristischen Auseinandersetzung sind nicht nur finanzielle Mittel erforderlich. Ein solcher Prozess bedeutet mitunter, sich immer wieder mit dem antisemitischen Erlebnis auseinanderzusetzen, die Erfahrung nicht abschließen zu können. Ähnliches gilt für die oft langwierigen und zehrenden Auseinandersetzungen an Hochschulen oder am Arbeitsplatz um sichere Räume für Jüdinnen\_Juden oder auch darum, dass Antisemitismus überhaupt erkannt oder anerkannt wird.

Auffällig ist die feindliche Deutung des Begriffs „Zionismus“. Im antisemitischen Diskurs wird er zu einer politischen Markierung, die Zionismus u. a. mit Faschismus und Nationalsozialismus gleichsetzt und zur Feindzuschreibung macht. Seit 2023 weist RIAS Berlin auf Vorfälle hin, in denen diese Zuschreibung auf bekannte antisemitische Stereotype zurückgreift. Das Feindbild „Zionismus“ geht über die Delegitimierung Israels hinaus, es wird auch in Stellung gebracht, um Jüdinnen\_Juden und nicht-jüdische Personen als politische Gegner\_innen zu markieren und aus Räumen oder von Dienstleistungen auszuschließen.

Außerdem geraten zivilgesellschaftliche Initiativen zur Dokumentation antisemitischer Vorfälle zunehmend unter Druck und werden mit Vorwürfen konfrontiert, die ihre Arbeit delegitimieren sollen. In einer solchen Situation wird eine sachliche und differenzierte Auseinandersetzung erheblich erschwert – auch wenn sie gegenwärtig dringender denn je erforderlich ist.

# Im Überblick: Zentrale Entwicklungen 2025

## **Entwicklung weist auf eine anhaltende Niveauverschiebung hin**

RIAS Berlin wurden 2025 2197 Vorfälle bekannt, etwa 13 % weniger als in 2024. Im Vergleich zu den Jahren vor dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 ist das Vorfallaufkommen jedoch weiterhin hoch. In den Jahren 2018 bis 2022 wurden durchschnittlich knapp 980 Vorfälle pro Jahr dokumentiert. Seit dem sprunghaften Anstieg antisemitischer Vorfälle nach dem 7. Oktober 2023 bewegt sich das jährliche Aufkommen dagegen im Bereich von über 1200 Vorfällen im Jahr 2023 bis über 2500 Vorfällen in 2024 und fast 2200 in 2025. Diese Entwicklung weist auf eine anhaltende Niveauverschiebung hin.

Auch gibt es Konjunkturen innerhalb des Jahres. So wurden im Juli 2025 327 antisemitische Vorfälle dokumentiert; das sind mehr als im Oktober 2023 – dem Monat, für den RIAS Berlin seit Beginn der Dokumentation bislang die meisten Vorfälle erfasst hatte (323). Durchschnittlich wurden 2025 183 Vorfälle pro Monat verzeichnet.

## **1 Fall extremer Gewalt und 39 antisemitische Angriffe**

2025 wurde ein Fall extremer Gewalt bekannt, bei dem das Opfer – ein Tourist, der sich auf dem Stelenfeld des Denkmals für die ermordeten Juden Europas aufhielt – einen Mordversuch nur knapp überlebte. Ein junger Mann, der auf dem Gelände Jüdinnen\_Juden vermutete, stach ihm von hinten ein Messer in den Hals. Neben diesem extremen Fall antisemitischer Gewalt wurden dem Projekt 39 antisemitische Angriffe bekannt. In mehreren Fällen schlugen die Angreifenden Betroffenen mit der Faust ins Gesicht. Andere wurden geschlagen, geschubst, angespuckt, festgehalten, es wurden Kleidungsstücke oder Schmuck vom Körper gerissen, in einem Fall wurde eine Person mit Tee übergossen, in einem anderen wurde einer Person, die zuvor als „Jude“ beschimpft worden war, Reizgas ins Gesicht gesprüht.

## **Sicherheit im Alltag ist für viele Betroffene nicht selbstverständlich**

Alltägliche Situationen wie U-Bahn- oder Taxifahrten, Konzert- oder Café-Besuche wurden oft plötzlich und unvermittelt bedrohlich, z. B. nachdem Betroffene als jüdisch oder israelisch erkannt, adressiert oder wahrgenommen worden waren. Als Reaktion auf die antisemitischen Erlebnisse berichteten verschiedene Betroffene, dass sie u. a. zunehmend vermieden, als jüdisch erkennbare Symbole oder Kleidungsstücke sichtbar zu tragen. Die Aushandlung des Verhältnisses von Sichtbarkeit und Sicherheit stellte bereits vor dem 7. Oktober 2023 für viele Jüdinnen\_Juden eine alltägliche Herausforderung dar. Seitdem hat sich diese Belastung durch enthemmteren und offener artikulierten Antisemitismus weiter verschärft.

Enttäuschend waren zudem die ausbleibenden Reaktionen anderer Anwesender, die oft nicht auf die antisemitischen Anfeindungen oder Angriffe reagierten und den Betroffenen nicht zur Hilfe kamen. Nur in Einzelfällen berichteten die Meldenden, dass es unterstützende Reaktionen oder Interventionen durch Dritte gegeben hatte.

### **Besonders präsent: Schoa bagatellisierende Gleichsetzungen, das Feindbild „Zionismus“ und antijudaistische Motive**

Israelbezogener Antisemitismus dominierte auch 2025 das Vorfalleschehen. Die Erscheinungsform trat wie in den Vorjahren in mehr als 70 % der Fälle gemeinsam mit anderen Erscheinungsformen auf. Besonders verbreitet waren 2025 Gleichsetzungen von Jüdinnen\_Juden, des Zionismus oder von Israel mit dem Nationalsozialismus. Das Feindbild „Zionismus“, das seit dem 7. Oktober 2023 deutlich präsenter geworden ist, war 2025 noch stärker verbreitet als im Vorjahr. Schon länger gebräuchliche Wortschöpfungen wie „ZioNazis“, die Zionismus und Nationalsozialismus gleichsetzen, sprachen Jüdinnen\_Juden pauschal die Legitimität ihrer Nationalbewegung ab. Schmierereien wie „Kill Zios“ lesen sich als unbestimmte Mordaufrufe an Personen, die als „Zionist\_innen“ definiert werden.

In Kombination mit israelbezogenem Antisemitismus wurden 2025 auch antijudaistische Motive stärker im Vorfalleschehen sichtbar. Besonders verbreitet waren 2025 Variationen der antijudaistischen Assoziation von Jüdinnen\_Juden mit dem Teufel, die z. B. durch Wortschöpfungen wie „Israhell“ und „Satanyahu“ oder auch im Slogan „Zionists are indigenous to hell“ auf Israel oder den Zionismus übertragen wurden.

### **239 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen in 2025, mehr als im Vorjahr**

Auf 239 Versammlungen wurden antisemitische Vorkommnisse dokumentiert, d. h. es wurden antisemitische Parolen gerufen, Transparente oder Schilder mit antisemitischen Schriftzügen oder Bildern gezeigt oder antisemitische Inhalte in Redebeiträgen geäußert. Das waren mehr als 2023 und 2024, als antisemitische Mobilisierungen mit einem Bezug zu den Massakern vom 7. Oktober 2023 oder dem darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas bereits zu einem dynamischen Versammlungsgeschehen beigetragen hatten. In keinem Jahr hat RIAS Berlin bislang so viele Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen verzeichnet wie 2025. Insbesondere in den Monaten von April bis August wurden monatlich 24 bis 28 solcher Versammlungen verzeichnet, im Oktober sogar 29, also fast eine pro Tag.

### **Weiterhin die meisten zuordenbaren Vorfälle aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus, rechtsextremes Spektrum wieder sichtbarer**

Wie bereits 2024 wurden auch 2025 die meisten antisemitischen Vorfälle, die einem politisch-weltanschaulichen Spektrum zugeordnet werden konnten, dem antiisraelischen Aktivismus zugewiesen (303). Hier ist das Versammlungs-geschehen von zentraler Bedeutung: 179 Versammlungen, auf denen es zu antisemitischen Vorkommnissen kam, waren diesem Milieu zuzuordnen.

Dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum wurden 2025 123 Vorfälle zugeordnet, 2024 waren es 108. Bei den Vorfällen handelte es sich vor allem um antisemitische Schmierereien und Aufkleber, die z. B. vermehrt in Marzahn-Hellersdorf verzeichnet wurden, dort wurden 17 von 32 Vorfällen diesem Spektrum zugewiesen.

### **Mehr Vorfälle an Hochschulen und in der Gastronomie**

Während an manchen Tatorten weniger Vorfälle bekannt wurden als 2024 – z. B. an Gedenkortern (2025: 61; 2024: 89), im ÖPNV (2025: 87; 2024: 138) und an Schulen (2025: 26; 2024: 44) –, sind an anderen Tatorten 2025 mehr Vorfälle erfasst worden. In öffentlichen Grünanlagen wurden 71 Vorfälle erfasst (2024: 55), an Hochschulen 55 (2024: 51) und in der Gastronomie 39 (2024: 32). In gastronomischen Einrichtungen kam es z. B. zu Beschimpfungen der Gäste durch unbekannte Passanten, zu Fällen von Diskriminierung durch das Personal in Form von Leistungsverweigerungen oder auch vereinzelt zu Angriffen (3), die in zwei Fällen von anderen Gästen der Lokalität ausgingen.

## Datengrundlage

Die von RIAS Berlin entwickelten Arbeitsweisen und Meldestrukturen innerhalb der jüdischen und nicht-jüdischen Zivilgesellschaft Berlins sind spätestens seit dem Jahr 2017 relativ konstant. Antisemitische Vorfälle und Straftaten werden dem Projekt auf unterschiedlichen Wegen bekannt, dabei machen Meldungen über die Meldeseite [www.report-antisemitism.de](http://www.report-antisemitism.de) den größten Anteil aus. Des Weiteren erreichen das Projekt Informationen über antisemitische Vorfälle über E-Mails, institutionalisierte Formen der Übermittlung, anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen, Presseberichte und Polizeimeldungen. Auch im Rahmen eines proaktiven Monitorings von Versammlungen im öffentlichen Raum durch das Projekt und durch Partnerorganisationen werden RIAS Berlin antisemitische Vorfälle bekannt. RIAS Berlin erzeugt so den umfassendsten Datensatz strafbarer und nicht-strafbarer antisemitischer Vorfälle in Berlin. Das Projekt kann Vergleiche zwischen den Jahren vornehmen sowie geografische und thematische Entwicklungen abbilden.

Die Arbeitsweisen des Projekts umfassten in den Jahren 2016–2020 auch den Vergleich mit den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes des Berliner Landeskriminalamts zur politisch motivierten Kriminalität. Wie bereits für die Jahre 2021 bis 2024 konnte das Projekt für das Jahr 2025 keinen Vergleich mit diesen Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes zur politisch motivierten Kriminalität des Berliner Landeskriminalamts vornehmen, da die Daten dem Projekt nicht zur Verfügung gestellt wurden. Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit sieht hierfür mit Stand Juni 2023 keine Rechtsgrundlage vorliegen. Als Resultat dieser geänderten Praxis der Berliner Strafverfolgungsbehörde ergibt sich – wie schon in den Vorjahren – Unklarheit über die Gesamtzahl der staatlich und zivilgesellschaftlich bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle in 2025. Die Aussagefähigkeit des Berichts „Antisemitische Vorfälle in Berlin“ bleibt dennoch bestehen. Auch der Vergleich zu den Vorjahren 2021–2024 ist valide, da die Auswertungen jeweils auf einer vergleichbaren Datengrundlage basieren.



# Antisemitische Vorfälle in Berlin 2025

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin dokumentierte 2025 insgesamt 2197 antisemitische Vorfälle in Berlin. Das sind 324 Vorfälle (ca. 13 %) weniger als im Vorjahr, in dem dem Projekt 2521 Vorfälle bekannt wurden. Auch wenn weniger Vorfälle bekannt wurden, besteht das hohe Vorfallaufkommen im Vergleich zu den Jahren vor dem 7. Oktober 2023 fort. In den Jahren 2018 bis 2022 wurden durchschnittlich knapp 980 Vorfälle pro Jahr dokumentiert. Seitdem bewegt sich das jährliche Aufkommen dagegen im Bereich von über 1 200 Vorfällen im Jahr 2023 bis über 2 500 im Jahr 2024 und fast 2 200 im Jahr 2025; diese Entwicklung weist auf eine anhaltende Niveaueverschiebung hin.

RIAS Berlin erfasste pro Monat durchschnittlich 183 antisemitische Vorfälle in Berlin, etwa 6 Vorfälle pro Tag.

Mit etwa 31 % (682 Vorfälle) wiesen weniger Vorfälle als im Vorjahr (1 101 Vorfälle; 44 %) einen Bezug zu den Massakern am 7. Oktober oder zum darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas, insbesondere in Gaza, auf.

Dass die Dynamik antisemitischer Vorfälle nicht maßgeblich abgeschwächt wurde, obwohl die direkten Bezüge, z. B. auf das Kriegsgeschehen in Gaza, zurückgehen, weist darauf hin, dass sich bestimmte antisemitische Narrative und Reaktionsweisen seit dem 7. Oktober normalisiert haben und sich vom konkreten Anlass als legitimierenden Begründungszusammenhang ablösen.

## Antisemitische Dynamiken 2025

Seit dem 7. Oktober 2023 hat RIAS Berlin ein stark erhöhtes Vorfallaufkommen verzeichnet. Dieser Anstieg war auf antisemitische Reaktionen auf die Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel sowie den darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas, insbesondere in Gaza, zurückzuführen. Es zeigte sich seitdem eine anhaltende, sowohl quantitative als auch qualitative Verschärfung im Vorfalleschehen. RIAS Berlin hat 2025 2197 antisemitische Vorfälle in Berlin dokumentiert.

Der Bezug auf die Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 oder auf den darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas ist 2025 weiterhin im Vorfalleschehen relevant, etwa 31 % der Vorfälle wiesen einen solchen Bezug auf. Dies trifft für fast alle von RIAS Berlin erfassten Vorfalltypen zu, wenngleich eine explizite Bezugnahme weniger häufig verzeichnet wurde als in 2024.

Neben den quantitativen Verschiebungen im Vorfalleschehen zeigten sich 2025 im Vergleich zu den Jahren vor dem 7. Oktober 2023 weiterhin stärker enthemmte antisemitische Ausdrucksformen. Diese Einschätzung ergibt sich insbesondere aus den dokumentierten Vorfällen antisemitischer Gewalt sowie aus der Häufung gewalt- und terrorverherrlichender oder gewaltlegitimierender Äußerungen und Parolen, die RIAS Berlin im vergangenen Jahr erfasst hat.

Im Jahr 2025 wurde ein Fall dokumentiert, bei dem es sich um einen versuchten Mord handelt, den das Opfer nur knapp überlebte (siehe ausführlich S. 16f). Der Täter handelte den Ermittlungen zufolge mit der Intention, einen Juden zu töten. Der Vorfall ist der einzige dokumentierte Fall extremer antisemitischer Gewalt 2025. Auf eine strukturelle Zunahme antisemitischer Gewalt kann von diesem einzelnen Fall nicht geschlossen werden. Vielmehr verweist der Fall auf das Gewaltpotenzial, das dem Antisemitismus stets inhärent ist. Es handelte sich um einen der schwersten Vorfälle antisemitischer Gewalt in Berlin, den RIAS Berlin im Rahmen der Dokumentationstätigkeit bisher verzeichnet hat.<sup>1</sup>

Das Projekt hat 2025 39 antisemitische Angriffe verzeichnet, weniger als 2024 (53 Angriffe); dennoch ist die Zahl im Vergleich zu den Vorjahren weiterhin hoch.

2025 war außerdem eine Zunahme explizit gewaltverherrlichender und gewaltlegitimierender Äußerungen zu beobachten. So wurden mehr antisemitische Vernichtungsdrohungen dokumentiert als im Vorjahr (2025: 135; 2024: 122). Auch

---

<sup>1</sup> Die Studie „Antisemitism World Wide Report for 2025“ des Center for the Study of Contemporary European Jewry (Tel Aviv University) kommt zu dem Schluss, dass 2025 mit 20 Todesfällen das Jahr mit der höchsten Zahl von Todesfällen im Kontext antisemitischer Angriffe/Anschläge seit drei Jahrzehnten war. Siehe: [https://cst.tau.ac.il/wp-content/uploads/2026/04/AntisemitismWorldwide\\_2025\\_FINAL.pdf](https://cst.tau.ac.il/wp-content/uploads/2026/04/AntisemitismWorldwide_2025_FINAL.pdf), Zugriff am 22.04.2026.

die Zahl terrorverherrlichender Äußerungen im Kontext antisemitischer Vorfälle ist deutlich gestiegen (2025: 245; 2024: 161). Solche Gewaltbezüge sind ein Merkmal der antisemitischen Dynamik seit dem 7. Oktober.

Im Jahr 2025 wurden 239 Versammlungen bekannt, bei denen es zu antisemitischen Äußerungen oder Handlungen kam, das sind mehr als im Vorjahr (2024: 208). Ein Großteil dieser Versammlungen (187 Fälle bzw. 78,2 %) bezog sich auf die Mاسaker vom 7. Oktober 2023 oder die darauffolgenden Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas. Auch antisemitische Vorfälle, die einem politisch-weltanschaulichen Spektrum zugeordnet werden konnten, zeigten häufiger einen solchen Bezug. Dies galt für 187 Vorfälle der 303 Vorfälle (61,7 %), die aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus erfasst wurden sowie 42 der 83 Vorfälle (50,6 %) aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum. Dieser Anlass spielte folglich im Kontext politischer Mobilisierungen weiterhin eine zentrale Rolle.

Auch im digitalen Raum zeigt sich diese Dynamik, wenngleich in abgeschwächter Form: 364 von 962 dokumentierten antisemitischen Online-Vorfällen (38 %) wiesen einen entsprechenden Bezug auf, etwa in Kommentaren auf Social-Media-Plattformen oder in E-Mails.

Bestimmte antisemitische Motive und Narrative, die im Vorfalleschehen seit dem 7. Oktober 2023 besonders präsent sind, darunter das Feindbild „Zionismus“ sowie Gleichsetzungen von Israel oder Jüdinnen\_Juden mit den Nationalsozialisten, haben sich in 2025 stärker verfestigt und verbreitet. Solche Motive und Narrative traten sowohl in Kombination mit expliziten Bezugnahmen auf den 7. Oktober 2023 sowie den darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas auf als auch allein stehend.

2025 hat das Projekt etwa 13 % weniger Vorfälle erfasst als im Jahr 2024; es sind jedoch weiterhin mehr als doppelt so viele Vorfälle, wie durchschnittlich in den Jahren vor dem 7. Oktober 2023 verzeichnet wurden. Es ist zudem zu erkennen, dass es sich nicht um eine graduelle rückläufige Tendenz handelt, vielmehr zeigten sich innerhalb des Jahres starke Konjunkturen. Die wenigsten Vorfälle wurden in den Monaten Januar (100 Vorfälle) und Februar (90 Vorfälle) bekannt. In den Monaten von Mai bis August wurden durchgängig mehr als 200 antisemitische Vorfälle pro Monat verzeichnet. Im Juli wurden gar 327 Vorfälle dokumentiert, das sind mehr als die 323 Vorfälle, die dem Projekt im Oktober 2023 bekannt wurden, dem Monat mit der bis dahin höchsten Anzahl an Vorfällen seit Beginn der Dokumentation.

Diese erhöhten Vorfalleszahlen in den Frühjahrs- und Sommermonaten standen im Zusammenhang mit politischen Mobilisierungen. So ereigneten sich zwischen April und August 24–28 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen pro

Monat. Außerdem wurden zeitgleich deutlich mehr Vorfälle online verzeichnet als in den anderen Monaten. Während im Januar und Februar die Online-Vorfälle einen Anteil von etwa 16–22 % ausmachten, ereigneten sich in den Monaten von April bis August 44–59 % der verzeichneten Vorfälle im digitalen Raum. Dies weist darauf hin, dass Mobilisierungen parallel online und auf der Straße stattfanden.

Für die Monate Juli und August ist als relevanter Kontext zu berücksichtigen, dass in diesen Monaten eine intensive Berichterstattung über eine Hungersnot in Gaza stattfand, die im August von der UNO offiziell ausgerufen wurde. In diesem Zusammenhang kam es zu zahlreichen antisemitischen Vorfällen, die sich insbesondere online gegen jüdische und israelische Institutionen richteten. Hier ist zu betonen, dass RIAS Berlin keine Kommentare als antisemitisch einordnete, die das Vorgehen der israelischen Regierung mit Blick auf die humanitäre Versorgung in Gaza oder Handlungen der israelischen Streitkräfte kritisierten. Das Projekt dokumentierte die Kommentare dann als antisemitisch, wenn die Situation in Gaza z. B. zum Anlass genommen wurde, um sich pauschal abwertend über Jüdinnen\_Juden zu äußern, Gewalt gegen Jüdinnen\_Juden zu legitimieren, die Schoa zu bagatellisieren oder Narrative der Schuldabwehr zu formulieren. Beispielsweise wurde wiederholt geäußert, dass es angesichts der Handlungen Israels, die denen der Nationalsozialisten gleichzusetzen seien, nicht länger nötig sei, als Deutsche\_r Schuld oder Scham über die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten zu empfinden.

Zusammenfassend lässt sich für 2025 festhalten, dass die Massaker vom 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg zwischen Israel und der Hamas weiterhin als Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle in Berlin fungierten.<sup>2</sup> Aufgrund der Dauer der Kriegshandlungen und der Tragweite der Verschiebungen im Vorfalleschehen seit dem 7. Oktober 2023 ist jedoch noch nicht absehbar, ob es sich bei dieser antisemitischen Dynamik um ein temporäres Phänomen oder um eine grundlegende und dauerhafte Veränderung im Vorfalleschehen handeln wird.

---

2 Anlässe wie politische Ereignisse, bestimmte historische Jahrestage oder Debatten bilden unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Äußerungen und antisemitisches Handeln und können so das Aufkommen von antisemitischen Vorfällen begünstigen. Es handelt sich um temporäre Phasen, in denen eine erhöhte Anzahl antisemitischer Vorfälle mit ähnlichem inhaltlichen Bezug durch das Projekt registriert und dokumentiert wird. Kennzeichnend für Gelegenheitsstrukturen ist, dass sie häufig mit einer verstärkten Mobilisierung online und offline durch politische Gruppen und Akteur\_innen einhergehen. Bereits vorhandene antisemitische Ressentiments beziehen sich auf einen aktuellen Kontext, der etwa in der medialen Öffentlichkeit besonders präsent ist. Eine Gelegenheitsstruktur kann kurzzeitig zu einem sprunghaften Anstieg führen oder auch langfristig über viele Monate hinweg wirken. Im Zuge der antisemitischen Dynamiken, die von Gelegenheitsstrukturen befördert werden, können sich antisemitische Narrative normalisieren und die Grenze des Sagbaren verschoben werden. Zudem fällt Antisemitismus dann oft gewaltförmiger aus.

## Vorfalltypen

**RIAS Berlin dokumentierte 2025 einen Fall extremer Gewalt, 39 Angriffe, 63 gezielte Sachbeschädigungen, 41 Bedrohungen und 2004 Fälle verletzenden Verhaltens, darunter 239 Versammlungen, sowie 49 Massenzuschriften.**

**Bei einigen Vorfalltypen, z. B. Angriffen und gezielten Sachbeschädigungen, wurden dem Projekt im Vergleich zu 2024 weniger Vorfälle bekannt. Dennoch sind für alle Vorfalltypen weiterhin deutlich mehr Vorfälle verzeichnet worden als in den meisten Jahren vor 2023.**

### Extreme Gewalt

Physische Angriffe oder Anschläge, die schwere Körperverletzungen oder gar den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können, erfasst RIAS Berlin als Fälle extremer Gewalt. Für das Jahr 2025 dokumentierte RIAS Berlin einen solchen Fall.

Am 21. Februar 2025 attackierte ein Mann einen Touristen im Stelenfeld des Denkmals für die ermordeten Juden Europas. Der Täter hatte den Touristen hinterwärts gepackt und ihm in Tötungsabsicht mit einem Messer einen sogenannten Kehlschnitt zugefügt, wodurch dieser lebensgefährlich verletzt wurde.<sup>3</sup> Nur knapp hatte der Täter die großen Blutgefäße verfehlt, sodass es dem Opfer noch möglich war, sich zu wehren und an den Rand des Stelenfelds zu fliehen. Dort brach der Tourist zusammen und wurde von Passanten erstversorgt. Er musste notoperiert und zeitweise in ein künstliches Koma versetzt werden; er überlebte den versuchten Mord nur knapp. Er leidet nach dem Angriff unter einer posttraumatischen Belastungsstörung und konnte ein Jahr später noch nicht ins Arbeitsleben zurückkehren.

Laut Gericht sei der Täter gezielt zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas gefahren, da er davon ausging, dass im Stelenfeld sein Messerangriff mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Juden treffen würde. Nach der Tat habe der Täter dem Opfer „Allahu Akbar“ hinterhergerufen und sich dann im Tiergarten versteckt, bevor er sich nach einigen Stunden der Polizei stellte. Er habe sich durch den Messerangriff der islamistischen Terrororganisation Islamischer Staat andienen wollen; u. a. habe er einen Zettel mit dem sog. Treueschwur des IS bei sich getragen. Knapp ein Jahr nach der Tat wurde der Täter wegen versuchten Mordes und wegen der versuchten Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu

---

3 <https://www.berlin.de/gerichte/presse/pressemitteilungen-der-ordentlichen-gerichtsbarkeit/2026/pressemitteilung.1649817.php>, Zugriff am 8.4.2026. Siehe auch: <https://www.stiftung-denkmal.de/aktuelles/langjaehrige-freiheitsstrafe-fuer-messerattacke-am-holocaust-denkmal/> oder <https://taz.de/Antisemitischer-Messerangriff-in-Berlin!/6160074/>, Zugriff am 8.4.2026.

13 Jahren Haft verurteilt. Es handelte sich um einen der schwersten Vorfälle antisemitischer Gewalt in Berlin, den RIAS Berlin im Rahmen der Dokumentations-tätigkeit bisher verzeichnet hat.

## Angriffe

Als Angriffe dokumentiert RIAS Berlin vollzogene oder versuchte physische Angriffe, die nicht lebensgefährlich sind und keine schwerwiegende Körperverletzung zur Folge haben. Darunter fallen auch Angriffe, in denen sich die Angegriffenen z. B. durch Flucht entziehen können.

Im Jahr 2025 wurden 39 antisemitische Angriffe dokumentiert; im Vergleich zum Vorjahr (2024: 53) sind dem Projekt somit weniger Angriffe bekannt geworden. Die Zahl liegt allerdings höher als die Zahl der Angriffe, die in den Jahren unmittelbar vor 2023 verzeichnet wurden (2022: 21; 2021: 22; 2020: 17).<sup>4</sup>

Im April wurde in Mitte eine jüdische Musikerin während einer Konzertpause vor dem Veranstaltungsort von einem jungen Paar angegriffen. Sie stand rauchend vor dem Club, als ein englischsprachiges Paar sie auf ihren Namen ansprach und fragte, ob sie Jüdin oder Israelin sei und ob sie den Genozid verurteile. Nachdem sie mit einem Hinweis auf den Terrorangriff vom 7. Oktober erwidert hatte, dass sie dies wohl anders sehe und in ihrer Pause in Ruhe gelassen werden möchte, wurde sie von den beiden aggressiv u. a. als „Kindermörderin“ und „Jewish Nazi“ antisemitisch beschimpft. Als sie weggehen wollte, wurde sie von der Täterin mehrfach heftig geschubst sowie vom Täter so stark am Arm festgehalten, dass sie Hämatome am Oberarm erlitt. Erst als andere anwesende Personen von der Situation mitbekamen und ihr zur Hilfe eilten, ließen die Täter\_innen von ihr ab und flüchteten.

23 der 39 Angriffe richteten sich gegen Jüdinnen\_Juden bzw. Israelis oder als jüdisch adressierte Personen. In 6 Fällen waren Kinder und Jugendliche unter den Betroffenen. Die Angreifenden nahmen dabei u. a. sichtbare jüdische oder israelische Symbole, das Sprechen von Hebräisch oder andere Merkmale, durch die Betroffene als jüdisch oder israelisch erkennbar wurden, zum Anlass für den Angriff. In einzelnen Fällen wurden Betroffene, wie in dem oben beschriebenen Angriff, auch von Unbekannten gezielt angesprochen und gefragt, ob sie jüdisch, israelisch oder „Zionisten“ seien, und dann von ihnen angefeindet und angegriffen.

---

<sup>4</sup> Der ausgewiesene Anstieg basiert auf der seit 2021 konsistenten Datengrundlage des Projekts. Vergleiche mit den Jahren 2018 und 2019 sind nur eingeschränkt möglich, da diese zusätzlich auf Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes zur politisch motivierten Kriminalität beruhen. Die Einschränkung betrifft insbesondere potenziell strafbare Vorfälle. Siehe dazu Datengrundlage S.10 in diesem Bericht. Im Jahr 2019 wurden 33 und 2018 46 Angriffe verzeichnet.

Auch nicht-jüdische Personen waren von antisemitischen Angriffen betroffen, z. B. nachdem sie als „Zionist\_in“ bezeichnet wurden oder weil sie Zeichen der Solidarität mit Israel oder den am 7. Oktober entführten Geiseln trugen. In mehreren Fällen wurden Personen angegriffen, als sie sich im öffentlichen Raum gegen Pöbeleien oder antisemitische Äußerungen positionierten. Im Februar wurden in Friedrichshain-Kreuzberg Personen angegriffen, nachdem sie einen Mann, der auf einem Platz Passanten bedrohte und anpöbelte, aufforderten, damit aufzuhören, woraufhin der Mann antisemitische und rechtsextreme Parolen rief und zur Verfolgung ansetzte.

In 8 von 12 Berliner Bezirken wurden antisemitische Angriffe dokumentiert. Die meisten Angriffe wurden in Friedrichshain-Kreuzberg verzeichnet (16 Angriffe). Im Bezirk Mitte wurden 7 Angriffe, in Charlottenburg-Wilmersdorf 5, in Neukölln 3, in Reinickendorf 2 sowie in Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg jeweils ein Angriff dokumentiert. Aus Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Treptow-Köpenick wurden dem Projekt keine Angriffe bekannt.

Die meisten antisemitischen Angriffe ereigneten sich auf der Straße (13) und im öffentlichen Nahverkehr (7). So wurde z. B. im Januar ein Mann in Neukölln auf der Straße von einem ihm unbekanntem Englisch sprechenden Mann angegriffen. Der Betroffene war am späteren Abend mit zwei Bekannten unterwegs und führte ein Gespräch über Israel und Palästina, in dem er auch seine jüdische Herkunft erwähnte. Der Angreifer, der in der Nähe stand, hörte offenbar genug, um grob zu verstehen, worüber sie sprachen. Er rief die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ und schubste den Betroffenen zu Boden. Einer der Bekannten griff ein und konnte weitere Gewalt vonseiten des Angreifers verhindern.

### **Gezielte Sachbeschädigungen**

Im Jahr 2025 wurden 63 Vorfälle gezielter Sachbeschädigung registriert, die sich gegen Eigentum von Jüdinnen und Juden oder auch gegen jüdische bzw. als solche wahrgenommene Einrichtungen richteten oder auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, also z. B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen. Das sind deutlich weniger gezielte Sachbeschädigungen als im Jahr 2024 (99 Vorfälle); z. B. wurden weniger gezielte Sachbeschädigungen an Gedenkortern verzeichnet (2025: 25; 2024: 54). Es sind jedoch mehr gezielte Sachbeschädigungen als in den Jahren vor 2023 (2022: 31; 2021: 43; 2020: 43).

Dem Projekt wurden im Jahr 2025 drei Fälle von gezielten Sachbeschädigungen an Synagogen bekannt. So wurde im Februar im Bezirk Mitte eine Außenwand einer Synagoge mit dem englischsprachigen Schriftzug „I like November“

beschmiert, wobei ein „e“ in „November“ so gedreht wurde, dass es wie die Ziffer 9 aussah. Das lässt sich als verherrlichende Bezugnahme auf die Reichspogromnacht am 9. November 1938 deuten. Im August versuchte ein Mann, zunächst eine Synagoge trotz Hausverbots zu betreten. Nachdem ihm der Zutritt verwehrt wurde, lief er zu dem vor der Synagoge gelegenen Gedenkort, riss dort eine Israel-fahne ab und warf sie zu Boden.

Die meisten gezielten Sachbeschädigungen trafen Gedenkstätten und Gedenkezeichen für die Opfer der NS-Vernichtungspolitik (25). Wiederholt wurden Stolpersteine und Mahnmale für die deportierten Berliner Jüdinnen und Juden beschmutzt, mit Parolen beschmiert oder beschädigt. Zum Teil waren Gedenkortorte mehrfach von gezielten Beschädigungen betroffen, wie etwa das Deportationsmahnmal auf der Putlitzbrücke in Mitte. Auch in den Vorjahren verzeichnete RIAS Berlin immer wieder Beschädigungen und Verunstaltungen des Mahnmals.

Weitere gezielte Sachbeschädigungen ereigneten sich im unmittelbaren Wohnumfeld von Jüdinnen\_Juden oder Israelis, z. B. wurden in mehreren Fällen Hakenkreuzschmierereien im Wohnumfeld entdeckt. Auch wurden Gegenstände oder Plakate von jüdischen Einrichtungen beschädigt, z. B. wurden Chanukka-Leuchter umgestoßen oder deren Leuchtmittel entwendet.

## **Bedrohungen**

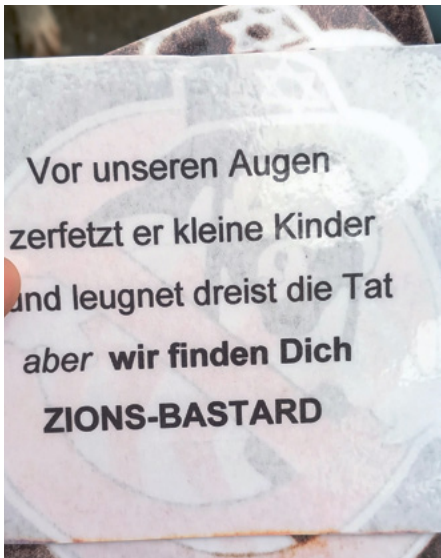
41 Fälle von antisemitischen Bedrohungen wurden im Jahr 2025 dokumentiert, auch diese Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen (2024: 46). Als Bedrohung erfasst RIAS Berlin jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt.

Die meisten Bedrohungen ereigneten sich in direkten Begegnungen: in 17 Fällen wurden sie von Angesicht zu Angesicht ausgesprochen. So wurde im September in Neukölln eine Frau auf einem Parkplatz vor einem Supermarkt antisemitisch beschimpft und bedroht. Ein Mann gab dort im Gespräch mit einem anderen Mann lautstark antisemitische Äußerungen von sich. Als die Frau ihn ansah, schrie er sie an und beschimpfte sie mit den Worten „Du bist so ein Jude, verdammter Jude“. Nach ihrer Aufforderung, damit aufzuhören, rannte er ihr hinterher, schrie sie weiter an und war aggressiv. Die Frau konnte das Geschehen mit ihrem Fahrrad rasch verlassen. Umstehende reagierten nicht.

Zu den Bedrohungen zählten auch Flyer und Plakate, auf denen Personen feindlich als „Zionisten“ markiert waren und zur Gewalt gegen sie aufgerufen wurde, des Weiteren Schmierereien in der Nähe von Wohn- oder Arbeitsräumen. Z. B. fand eine jüdische Frau gemeinsam mit ihrer Tochter drei Flyer an einem Fahrrad, die

im Comic-Stil einen jüdischen Mann mit Schläfenlocken und schwarzem Hut mit Davidstern zeigten, der wie bei einem Verbotsstraßenschild durchgestrichen war. Auf der anderen Seite stand: „Vor unseren Augen zerfetzt er kleine Kinder und leugnet dreist die Tat aber wir finden Dich ZIONS-BASTARD“.

17 der antisemitischen Bedrohungen ereigneten sich online und richteten sich per E-Mail, Direktnachricht oder Kommentar auf Social-Media-Plattformen an Personen oder Institutionen in Berlin.



◀ ▲ Berlin: Antisemitische Flyer, die an einem Fahrrad angebracht waren.

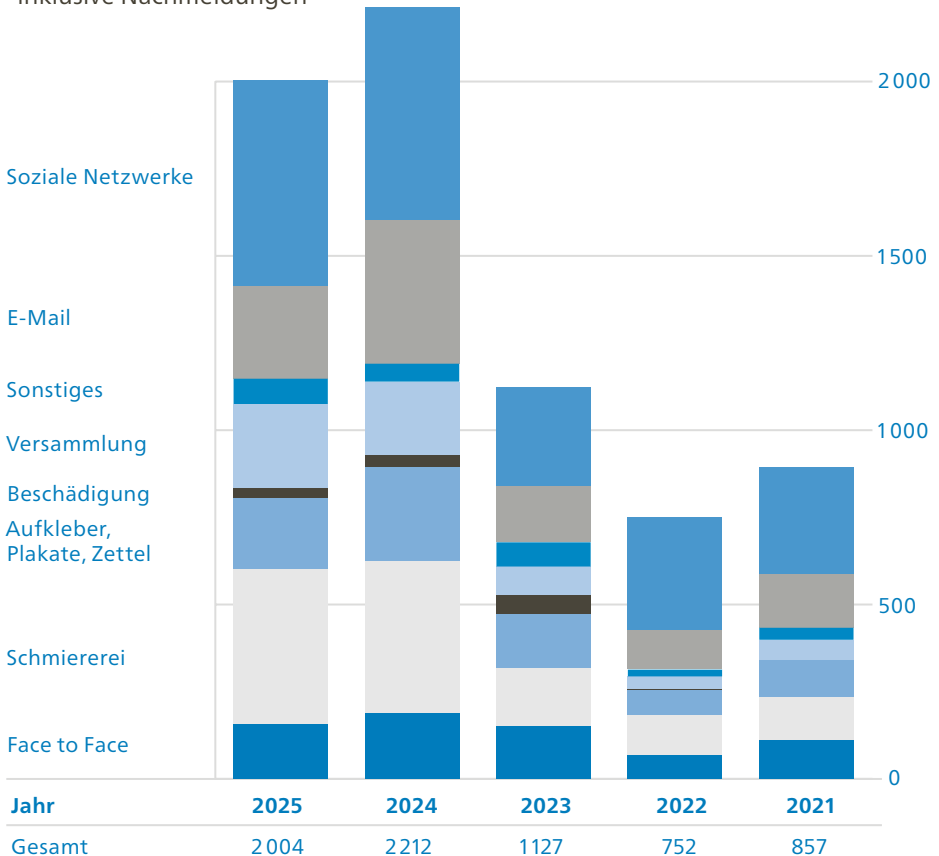
## Verletzendes Verhalten

Die Kategorie des verletzenden Verhaltens umfasst ein breites Spektrum unterschiedlicher Vorfälle, die sich online oder außerhalb des digitalen Raums ereignen. Zu der Kategorie gehören u. a. Fälle, in denen jüdische Personen oder Institutionen gezielt angefeindet oder diskriminierend adressiert wurden. Darunter fallen auch Anfeindungen in Wort und Schrift gegen nicht-jüdische Personen oder Institutionen, wen diese antisemitische Inhalte aufweisen. Außerdem zählen dazu antisemitische Aufkleber, Schmierereien und Plakate oder Zettel.

2025 verzeichnete RIAS Berlin 2004 Vorfälle verletzenden Verhaltens, das sind 208 Vorfälle weniger als im Vorjahr (2024: 2212). Die Mehrheit der durch RIAS Berlin verzeichneten Fälle verletzenden Verhaltens (1108 Vorfälle) betraf Begegnungen und Interaktionen, Schmierereien und Aufkleber, Beschädigungen oder auch Zettel und Plakate sowie Versammlungen, auf denen es zu antisemitischen Vorkommnissen kam, während sich 896 Vorfälle online ereigneten, z. B. in Form von antisemitischen E-Mails oder Social-Media-Kommentaren.

### Fälle verletzenden Verhaltens

\* inklusive Nachmeldungen



156 der Vorfälle verletzenden Verhaltens ereigneten sich von Angesicht zu Angesicht. Die Mehrheit dieser antisemitischen Vorfälle (110) betraf Individuen, in 81 Fällen richteten sich die Täter\_innen direkt gegen jüdische, israelische oder als jüdisch adressierte Personen. Unter diesen Vorfällen fanden sich z. B. Pöbeleien gegen Passant\_innen im Park oder auf der Straße. Institutionen waren nur in wenigen Fällen (10) betroffen. Die übrigen Vorfälle waren nicht gezielt gegen Personen oder Institutionen gerichtet.

Unter den Vorfällen des verletzenden Verhaltens von Angesicht zu Angesicht fanden sich zum Beispiel Ausschlüsse aus sozialen Zusammenhängen oder von Veranstaltungen sowie direkte antisemitische Beschimpfungen und Beleidigungen. So wurde eine jüdische Person von einem Marktstandbetreiber gefragt, ob sie jüdisch sei. Nachdem sie dies bejahte, sagte der Betreiber, dass Juden in Europa und nicht in Palästina sein sollten. Einer Person, die in der U-Bahn etwas auf Hebräisch las, wurde der Hitlergruß gezeigt; vor einer Gedenkstätte brüllte eine Person „Scheiß Juden“ und „Holocaust-Lüge“; auf einem Platz rief eine Person „Ihr Ausländer, Schweinegesichter, Juden!“.

Vorfälle verletzenden Verhaltens von Angesicht zu Angesicht ereigneten sich u. a. in Bildungseinrichtungen wie Universitäten und Fachhochschulen (10) oder Schulen (13), am Arbeitsplatz (10), im Wohnumfeld (6) sowie im öffentlichen Raum, hier z. B. auf der Straße (29), im ÖPNV (27) oder auch in öffentlichen Gebäuden und Grünanlagen (10).

RIAS Berlin verzeichnete 2025 18 Fälle von antisemitischer Diskriminierung. In diesen Fällen wurde Jüdinnen\_Juden oder Israelis nach Bekanntwerden ihrer Identität oder auch nur aufgrund von entsprechenden Vermutungen und Assoziationen Dienstleistungen verweigert, sie wurden in Lernsituationen ausgegrenzt oder aus Räumlichkeiten oder sozialen Zusammenhängen ausgeschlossen. So wurde z. B. einer Frau, die sichtbar eine Davidsternkette trug, in einer Kneipe ein Getränk verweigert. In einem anderen Fall wurden zwei Frauen nachts aus einem Ride-Sharing-Auto geworfen, nachdem der Fahrer gehört hatte, dass sie sich auf Hebräisch unterhielten. Der Fahrer begründete den Rauswurf damit, dass er keine „Babykiller“ mitnehme.

Verletzendes Verhalten, z. B. in Form von antisemitischen Äußerungen, wurde in Einzelfällen auch von Mitarbeitenden in staatlichen Einrichtungen getätigt oder geduldet, z. B. von Lehrkräften, Schulleitungen oder der Polizei.

Die meisten Fälle verletzenden Verhaltens, die sich nicht online ereigneten, waren antisemitische Schmierereien (445). Es wurden außerdem 167 antisemitische Aufkleber dokumentiert. 2024 waren es 439 Schmierereien und 235 Aufkleber. Die Schmierereien und Aufkleber wurden mehrheitlich auf der Straße entdeckt,

z. B. an Fassaden und Mauern, an Laternen, Stromkästen und Baugerüsten. In 51 Fällen wurde das Wort „Jude“ abwertend oder entmenschlichend benutzt, wie etwa in Treptow-Köpenick, wo „Judenhomos“ sowie ein Davidstern auf eine Wand geschmiert wurden, oder in Neukölln, wo „Fick Juden Free Gaza“ gesprüht wurde. Gleichsetzungen von Juden oder Israel mit dem Nationalsozialismus wurden in 137 Fällen der Schmierereien (99) und Aufkleber (38) verzeichnet.

Das Versammlungsgeschehen blieb auch 2025 dynamisch, es wurden in diesem Jahr sogar mehr Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen (239 Versammlungen) erfasst als 2024 (208). Es handelte sich u. a. um antisemitische Parolen, Transparente oder Plakate mit antisemitischen Aufschriften oder Bildern sowie um antisemitische Äußerungen in Redebeiträgen. Auch wenn es auf einer Versammlung zu mehreren antisemitischen Äußerungen kommt, wird die Versammlung jeweils nur als ein Fall verletzenden Verhaltens gezählt.

### Online

2025 wurden 962 antisemitische Vorfälle verzeichnet, die sich online ereigneten. Davon waren 17 Bedrohungen, 896 Vorfälle verletzenden Verhaltens sowie 49 Massenzuschriften. Antisemitische Vorfälle online werden von RIAS Berlin nur dann erfasst, wenn eine Berliner Person oder Institution direkt adressiert wird, z. B. durch eine E-Mail oder einen Kommentar auf der eigenen Social-Media-Seite. 863 der Online-Vorfälle richteten sich gegen jüdische, israelische oder als solche wahrgenommene Institutionen, in 45 Online-Vorfällen waren jüdische, israelische oder als solche wahrgenommene Einzelpersonen betroffen.

2025 wurden 322 antisemitische E-Mails, 595 antisemitische Social-Media-Kommentare sowie 34 Vorfälle über Online-Messenger dokumentiert, die gezielt an Berliner Personen oder Institutionen adressiert waren. Der Anteil von Online-Vorfällen wies eine Fluktuation auf, sowohl innerhalb eines Jahres als auch im Vergleich der Jahre. Hier spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Da jüdische Institutionen im digitalen Raum oft leicht als solche erkennbar und auffindbar sind, bieten sie eine leicht zugängliche Angriffsfläche für antisemitische Anfeindungen. Gerade wegen der Fülle der Anfeindungen und des damit verbundenen Aufwandes ist eine systematische Erfassung kaum zu leisten. Vor allem Kommentare unter den eigenen Social-Media-Kanälen werden oft von den Betreiber\_innen gar nicht oder nur zeitweise dokumentiert, teilweise wird die Kommentarfunktion wegen der Vielzahl antisemitischer Kommentare temporär deaktiviert. RIAS Berlin wird entsprechend nur ein begrenzter Ausschnitt der Vorfälle bekannt, die sich gegen Institutionen richten. Ein zweiter Grund für die Fluktuation ist, dass online oft auf mediale Debatten reagiert wird. So werden z. B. infolge von verstärkten Berichterstattungen über Entwicklungen oder Eskalationen im Krieg zwischen Israel und der Hamas jüdische Institutionen in Berlin häufiger antisemitisch online angefeindet.

Bei 603 Online-Vorfällen wurden Elemente des israelbezogenen Antisemitismus festgestellt, bei 539 Vorfällen Elemente des antisemitischen Otherings, 392 Vorfälle wurden dem Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet, 190 dem modernen Antisemitismus und 150 dem Antijudaismus. Der Anteil des israelbezogenen Antisemitismus hat somit in den Online-Vorfällen mit 62,6% einen etwas geringeren Anteil als im Vorfallesgeschehen insgesamt (67,7%), während das Othering hier mit 56% stärker vertreten ist als in den Vorfällen insgesamt (45,2%). Unter den Vorfällen des Otherings fanden sich zahlreiche Fälle, in denen abwertende Bezüge auf Jüdinnen\_Juden oder das Judentum artikuliert wurden. Besonders häufig wurden Jüdinnen\_Juden kollektiv für tatsächliche oder vermeintliche Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht. So kommentierte ein\_e User\_in unter einem Chanukka-Post einer jüdischen Organisation: „Es hat niemand etwas dagegen, dass Ihr traditionelle Feste feiert – Ihr müsst nur endlich die Führung Eures Aushängeschildes Israel auswechseln [...]“.

Mitunter wurden Jüdinnen\_Juden selbst für den Antisemitismus verantwortlich gemacht. So hieß es in einem Social-Media-Post an eine jüdische Organisation: „wieso sind die Juden seit Tausend Jahren aus 109 Ländern verbannt worden? Ihr müsst ja schon dreck am stecken haben ;)“ [Fehler im Original]. Gelegentlich findet sich in Überschneidung mit dem modernen Antisemitismus auch eine rassistische und verschwörungsideologische Konstruktion. Mehrfach wurde z. B. in Kommentaren jüdischen Organisationen vorgeworfen, die Migration von Geflüchteten aus arabischen Staaten, die sich dann angeblich antisemitisch verhalten würden, befürwortet oder vorangetrieben zu haben.

Auch Post-Schoa-Antisemitismus ist in den Online-Vorfällen präsent. In der Mehrheit der Fälle handelt es sich dabei um Gleichsetzungen von Jüdinnen\_Juden oder Israel mit den Nationalsozialisten. Es finden sich darunter auch Vorfälle, in denen explizit die Schoa befürwortet wird. In einer E-Mail an eine jüdische Institution hieß es: „Hitler hat mehr Deutsche getötet als Juden. Jaulen wir ständig rum? Macht mal Urlaub in Polen, viel Spass!“ Eine andere jüdische Organisation erhielt als Kommentar auf einen Social-Media-Beitrag: „es lebe adolf Hit... der jeden juden vergaßt hat mit recht“ [Fehler im Original].

## Betroffene

**2025 waren in 287 Vorfällen insgesamt 405 Einzelpersonen betroffen. Von einem Vorfall sind oft mehrere Personen betroffen. In 1020 Vorfällen waren Institutionen betroffen. Etwa 58% der Vorfälle gegen Einzelpersonen richteten sich gegen Jüdinnen\_Juden oder Israelis. Bei den Vorfällen gegen Institutionen handelte es sich in etwa 87% der Vorfälle um jüdische oder israelische Institutionen.**

Als Betroffene wurden alle Menschen gezählt, die direkt von antisemitischen Verhaltensweisen adressiert wurden oder die antisemitische Äußerungen und Handlungen als Zeug\_innen unmittelbar miterlebten. Jemand geht z. B. durch die Straße und wird bespuckt, beschimpft oder erhält im Internet Kommentare auf der eigenen Social-Media-Seite. Sieht jemand hingegen einen antisemitischen Aufkleber oder eine Schmiererei im öffentlichen Raum oder trifft zufällig auf eine Versammlung, auf der er\_sie antisemitische Parolen hört, wird die Person nicht als Betroffene\_r gezählt.

2025 waren in 287 Vorfällen 405 Einzelpersonen betroffen. Das sind weniger Einzelpersonen sowohl im Vergleich zum Jahr 2024 (361 Vorfälle, 529 Einzelpersonen) als auch zu 2023 (347 Vorfälle, 480 Einzelpersonen). Die meisten Vorfälle gegen Einzelpersonen ereigneten sich offline (222), 163 davon von Angesicht zu Angesicht.

2025 wurden 1020 Vorfälle verzeichnet, die sich gegen Institutionen richteten. Dies ist weniger als die 1243 Vorfälle gegen Institutionen, die 2024 erfasst wurden, aber deutlich mehr als 2023 (467 Vorfälle). Der Großteil der gegen Institutionen gerichteten Vorfälle ereignete sich online (896).

RIAS Berlin sind 2025 in 167 Vorfällen 236 Betroffene bekannt geworden, die jüdische oder israelische Personen betrafen. Neben Jüdinnen\_Juden und Israelis sind auch Einzelpersonen von antisemitischen Vorfällen betroffen gewesen, die nicht jüdisch/israelisch sind oder deren Hintergrund RIAS Berlin unbekannt geblieben ist, die aber als jüdisch wahrgenommen und angesprochen wurden. Dies betraf in 30 Vorfällen 48 Einzelpersonen.

Von den 1020 Vorfällen, die sich gegen Institutionen richteten, betraf 2025 wie im Vorjahr die große Mehrheit (86,8%) jüdische oder israelische Institutionen (88). Auch die Anzahl der gegen jüdische und israelische Institutionen gerichteten Vorfälle lag unter der Anzahl von 2024, aber immer noch deutlich über dem Niveau von 2023. Zum Vergleich: 2024 waren es 1015, 2023 391.

Die Anzahl der Personen, die als politische Gegner\_innen adressiert wurden, ging von 47 Vorfällen im Jahr 2024 auf 31 zurück. 2023 lag die Anzahl bei 9 Vorfällen und 2022 bei 0, das Niveau ist folglich 2025 weiterhin hoch. In 14 Vorfällen wurden die Personen oder Institutionen auf abwertende Weise als „Zionisten“ markiert, etwa auch durch die Wortbildung „Zionazis“. In 2 Fällen wurden die Betroffenen persönlich mit dem Tode bedroht.

RIAS Berlin wird mitunter berichtet, wie die Meldenden den antisemitischen Vorfall in den Kontext anderer antisemitischer Erfahrungen einordnen, welche Auswirkungen er auf das persönliche Sicherheitsempfinden hatte und wie die Reaktionen anderer anwesender oder beteiligter Personen wahrgenommen wurden.

Aus einigen Berichten der Meldenden wird deutlich, dass sie bereits zuvor mehrfach Antisemitismus erlebt hatten. Wenn häufiger antisemitische Vorfälle erlebt wurden, haben die Betroffenen teilweise weder Zeit noch Kraft, sie zu dokumentieren und zu melden. Die Auswirkungen der Vorfälle wiederum wurden unterschiedlich beschrieben. Mehrfach wurde RIAS Berlin berichtet, dass die Erlebnisse zu einer allgemeinen Verunsicherung und einer gesteigerten Vorsicht im Alltag führten. Eine Reaktion auf wiederholte Belästigungen und Anfeindungen war, jüdische Symbole nicht mehr offen zu tragen.

Mehrere jüdische Meldende beschrieben, dass zu ihrer Enttäuschung in der konkreten Situation die unmittelbar Anwesenden passiv blieben und es keine oder unzulängliche Reaktionen von Personen in Verantwortungspositionen gab. Alltägliche Situationen wie Konzerte oder Cafébesuche, U-Bahn- oder Taxifahrten seien plötzlich umgekippt und bedrohlich geworden, in einigen Vorfällen gehörten Täter\_innen zum Personal, sodass die Betroffenen keine Ansprechpartner\_innen vor Ort hatten. Wiederholt wurde RIAS Berlin geschildert, dass die Situation von Jüdinnen\_Juden im Alltag nicht berücksichtigt würde. Sprachen Betroffene einen antisemitischen Vorfall an, hatten sie mitunter den Eindruck, dass für die Verantwortlichen die eigene Reputation wichtiger war als passende Maßnahmen zur Hilfeleistung. Betroffene betonten, dass sie mit Blick auf das antisemitische Erlebnis ernstgenommen werden wollen.

Zeug\_innen antisemitischer Vorfälle berichteten, dass sie mitunter verstört und sogar schockiert darüber waren, wie unvermittelt und direkt antisemitische Beleidigungen und Drohungen auftraten und dass sie sich deshalb in der Situation nicht handlungsfähig gefühlt hätten.

In einigen Fällen gab es auch solidarische Reaktionen. Betreiber\_innen von Lokalitäten, in deren Räumen sich ein antisemitischer Vorfall ereignete, reagierten z. B. respekt- und verständnisvoll und sicherten zu, ihr Personal für solche Vorfälle fortbilden zu lassen.

## Erscheinungsformen

Wie bereits 2023 und 2024 enthielten auch 2025 die meisten antisemitischen Vorfälle, die RIAS Berlin dokumentiert hat, Elemente des israelbezogenen Antisemitismus (1487; 67,7 %). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil des israelbezogenen Antisemitismus leicht gesunken (2024: 71,3 %).

Antisemitisches Othering wurde in 45,2 % der Vorfälle (993) festgestellt. Im Vorjahr waren 52,8 % (1330 Vorfälle) dieser Erscheinungsform zugeordnet worden.

Der Anteil des Post-Schoa-Antisemitismus liegt mit 34,6 % auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr (2024: 32,2 %), wenngleich in absoluten Zahlen weniger Fälle dokumentiert wurden (2024: 812; 2025: 761).

Ein Anstieg des Anteils und der absoluten Zahlen wurde beim Antijudaismus festgestellt, der bei 386 Vorfällen zugeordnet wurde (17,6 %), 2024 waren es 324 Vorfälle (12,9 %). Antijudaismus war in den Vorjahren in der Regel die Erscheinungsform, der die wenigsten Vorfälle zugeordnet wurden. 2025 ist der Anteil höher als der des modernen Antisemitismus.

Der moderne Antisemitismus hatte mit 13,3 % (292 Vorfälle) einen geringeren Anteil am Vorfalleschehen als im Vorjahr (15,7 %).

Je nach ihrer inhaltlichen Ausprägung ordnet RIAS Berlin die in Vorfällen getätigten verbalen oder nonverbalen Äußerungen einer von fünf Erscheinungsformen des Antisemitismus zu. Viele Vorfälle lassen sich zwei oder mehr Erscheinungsformen zuordnen, weil bei einem Vorfall unterschiedliche antisemitische Stereotype geäußert werden, oder weil eine Äußerung die Kriterien für verschiedene Erscheinungsformen erfüllt. Daher ist die Zahl der Zuordnungen zu den Erscheinungsformen höher als die Zahl der Vorfälle.

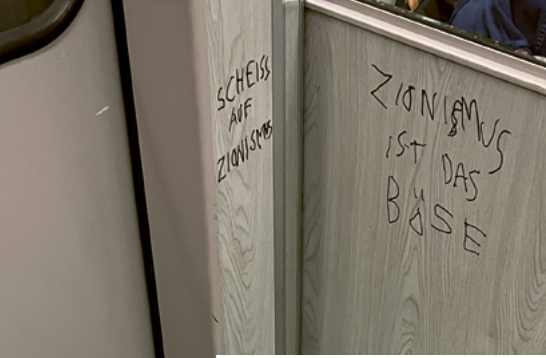
## Israelbezogener Antisemitismus weiterhin verschränkt mit allen anderen Erscheinungsformen

Wie bereits 2023 und 2024 ist der israelbezogene Antisemitismus mit einem Anteil von 67,7% diejenige Erscheinungsform, die in den meisten dokumentierten Vorfällen identifiziert wurde. Wie in den Vorjahren trat auch 2025 der israelbezogene Antisemitismus in der Mehrheit der Fälle kombiniert mit anderen Erscheinungsformen auf. Am häufigsten traten Inhalte des israelbezogenen Antisemitismus gemeinsam mit solchen des Post-Schoa-Antisemitismus auf, dies wurde in 531 Vorfällen festgestellt. In der großen Mehrheit der Fälle (87%) handelte es sich um Gleichsetzungen von Israel oder dem Zionismus mit dem Nationalsozialismus; darunter sind auch zwei antisemitische Angriffe, bei denen die Angegriffenen als „Zionazi“ bzw. als „Jewish Nazi“ bezeichnet wurden. Oft handelte es sich auch um Schmierereien, die Variationen von „Zionists = Nazis“ oder „FCK ZIONAZIS“ enthielten, um Aufkleber, die z. B. die Situation in Gaza mit Auschwitz gleichsetzten oder um entsprechende Social-Media-Kommentare oder E-Mails.

Nur 29,5% der 1487 dokumentierten Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus wiesen keine Überschneidungen mit anderen Erscheinungsformen auf. Unter den Vorfällen, die nur dem israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet wurden, befinden sich u. a. explizite oder implizite Aufrufe zur Vernichtung Israels.

Die Verwendung von „Zionismus“ als feindliche Markierung in den dokumentierten antisemitischen Vorfällen nahm weiterhin zu. Im Jahr 2025 wurden 522 solcher Vorfälle erfasst, im Jahr 2024 waren es 463. In diesen Fällen wird die jüdische Nationalbewegung in der Regel pauschal abgewertet, delegitimiert oder dämonisiert. Auch wurde der Begriff als negative Sammelbezeichnung verwendet, die sich auf Jüdinnen und Juden insgesamt bezog.

Oft enthielten die Vorfälle Vernichtungsdrohungen oder gingen mit der Verherrlichung von Terror einher. In 20 Fällen wurden Personen in direkten Interaktionen abwertend als „Zionist\_innen“ angesprochen oder es kam zu entsprechenden feindlichen Äußerungen in Gesprächen. Auf 151 Versammlungen wurden Parolen gerufen, Transparente gezeigt oder Redebeiträge gehalten, die „Zionismus“ als Feindbild artikulierten. Auch in 149 Schmierereien wurde dieses Feindbild aufgegriffen. So wurden beispielsweise verschiedene Variationen des Spruchs „Kill Zios“ bzw. „Zionisten töten“ dokumentiert. Solche Formulierungen können die Vorstellung transportieren, dass bereits die Befürwortung des nationalen Selbstbestimmungsrechts von Jüdinnen und Juden als Anlass für Gewalt gilt. Dass „Zionist\_in“ dabei mitunter als Chiffre für Jüdinnen und Juden dient, zeigte sich auch im Kontext einzelner Vorfälle. So verweigerte etwa der Fahrer eines Ride-Sharing-Dienstes die Fahrt zum Jüdischen Museum, forderte die Passagierin zum Aussteigen auf und erklärte: „Es tut mir leid, aber dahin fahre ich nicht, weil ich Juden hasse und die Zionisten hasse.“



◀ **Berlin, 23. Mai:** Schmiererei, die den Zionismus dämonisiert, in einer U-Bahn.



▲ **Friedrichshain-Kreuzberg, 31. Oktober:** Verherrlichung antisemitischer Gewalt auf einer Hauswand.

◀ **Pankow, 23. März:** Antisemitische Vernichtungsdrohung auf einem Müllcontainer.

## Othering

Antisemitisches Othering war mit 45,2% die Erscheinungsform, die 2025 am zweithäufigsten zugeordnet wurde. Beim Othering handelt es sich um Vorfälle, bei denen Jüdinnen/Juden als fremd oder nicht-dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben werden. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden. Othering ist die Erscheinungsform, die bei Vorfällen von Angesicht zu Angesicht am häufigsten zugeordnet wird (146 Vorfälle); Othering ist auch die Form, die bei den meisten antisemitischen Angriffen eine Rolle spielte (27 Vorfälle). So wurde ein Mann von zwei verummten Männern am Kragen gepackt, als „Jude“ bezeichnet und im Gesicht mit Reizgas besprüht. In einer weiteren Situation kam eine jüdische Frau aus einem Einkaufsladen und ein Mann begann, neben ihr herzulaufen. Er sagte mehrfach das Wort „Jude“ auf Arabisch und summt spöttisch neben ihr eine stereotyp jüdisch klingende Melodie. Die Frau fühlte sich durch das Verhalten sehr unwohl und bedroht. Auch Fälle antisemitischer Diskriminierung enthielten meist Elemente antisemitischen Otherings. RIAS Berlin wurden mehrere Vorfälle bekannt, in denen jüdische Symbolik oder das Bekanntwerden der jüdischen Identität einer Person Anlass für die Verweigerung einer Dienstleistung war.

## Post-Schoa-Antisemitismus

RIAS Berlin hat 2025 bei 34,6 % der Vorfälle Elemente des Post-Schoa-Antisemitismus festgestellt. Dazu gehören befürwortende oder bagatellisierende Bezugnahmen auf die Schoa, Formen von Erinnerungs- oder Schuldabwehr sowie die Verhöhnung des Gedenkens an die Schoa. Der Post-Schoa-Antisemitismus hat oft einen besonders hohen Anteil bei den Fällen der gezielten Sachbeschädigungen (33 Vorfälle), da diese meist an Gedenkortern an die Schoa verübt werden. 2025 wurden außerdem 689 Vorfälle verletzenden Verhaltens festgestellt, die Inhalte des Post-Schoa-Antisemitismus aufwiesen. In einigen Fällen wurden neben abwertende Äußerungen über Jüdinnen\_Juden zusätzlich NS-verherrlichende Symbole wie Hakenkreuze geschmiert. Besonders häufig wurden Schmierereien dokumentiert, die die Schoa durch Gleichsetzungen bagatellisierten. Besonders verbreitet war ein Aufkleber-Motiv, das die Situation in Gaza mit Auschwitz gleichsetzt; es wurde z. B. in Lichtenberg, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg mehrfach verklebt. Ein Aufkleber-Motiv, das zur Befreiung vom „Schuldskult“ aufrief und eine Form der Schuldabwehr darstellt, wurde z. B. in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick verklebt.

- ▶ Friedrichshain-Kreuzberg, 25. Februar
- ▼ Mitte, 17. Juni  
Foto: Ruben Gerczikow





2025 wurden mit 209 Vorfällen mehr Schoa bagatellisierende Gleichsetzungen dokumentiert als in 2024 (117). So wurde z. B. das Bildnis von Anne Frank instrumentalisiert, um zu suggerieren, dass das Vorgehen Israels in Gaza mit der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten gleichzusetzen sei. Auch wurden oft direkte Parallelen zwischen dem Vernichtungslager Auschwitz und Gaza behauptet.



- ▲ Mitte, 12. August
- ◀ Neukölln, 14. September
- ▼ Friedrichshain-Kreuzberg, 17. Februar



## Anspielungen auf den Teufel im Antijudaismus

In 17,6 % der Vorfälle wurden Elemente des Antijudaismus festgestellt. Antijudaismus wird dann zugewiesen, wenn religiös begründete Stereotype verwendet werden. Besonders häufig waren Anspielungen auf Satanismus sowie antijudaistische Dämonisierungen mit explizitem Teufels- oder Höllenbezug; solche Motive wurden in 173 Vorfällen festgestellt. Die Assoziation von Jüdinnen\_Juden mit dem Teufel war bereits im Mittelalter Bestandteil des Antijudaismus. In aktualisierter Form findet sie sich im gegenwärtigen Vorfalleschehen in der Dämonisierung von Israel/Zionismus oder auch in Referenzen auf „satanische Mächte“ im Kontext von Verschwörungsmythos des modernen Antisemitismus. So wurde z. B. unter einem Social-Media-Beitrag einer jüdischen Organisation folgender Kommentar gepostet: „Israels Führer haben ihre Seele an den Teufel verkauft, deshalb diese barbarische Zerstörungswut. Der Unterschied zwischen den Nazi-Verbrechen ist die deutschen Nazis verdeckten ihre Verbrechen, Israel kündigt öffentlich Völkermord an deshalb sind sie schlimmer ein zu stufen als die deutschen Nazis.“ [Fehler im Original] Bei einer anderen jüdischen Organisation wurde in einem Kommentar auf einen Social-Media-Beitrag zur Ermordung von zwei Mitarbeiter\_innen der israelischen Botschaft in Washington suggeriert, dass es sich um einen sogenannten Inside-Job gehandelt hätte, eine „weitere listige Lüge von Satans auserwählte Terrorpack (ZioNazis)?“ [Fehler im Original] Auch Wortschöpfungen wie „Israhell“ und „Satanyahu“ verknüpfen Jüdinnen\_Juden mit dem Teufel. Der Slogan „Zionists are indigenous to hell“ schreibt „Zionist\_innen“ ein dämonisches Wesen zu und entmenschlicht sie. Der Schriftzug ist bereits aus Versammlungen im Jahr 2024 bekannt und wurde 2025 im Rahmen der Besetzung einer Hochschule auf eine Postkarte geschrieben, die an der Wand befestigt wurde.

## Vernichtungsdrohungen

In 135 antisemitischen Vorfällen hat RIAS Berlin Vernichtungsdrohungen festgestellt. Als Vernichtungsdrohung erfasst RIAS Berlin den expliziten Aufruf oder die Befürwortung der Tötung von Jüdinnen\_Juden oder „Zionist\_innen“ sowie den expliziten Aufruf oder die Befürwortung der Auslöschung des Staates Israel.<sup>5</sup>

Fälle von Vernichtungsdrohungen traten im Kontext verschiedener Vorfälltypen auf. So hatte der Täter bei dem Fall extremer Gewalt die explizite Absicht, Jüdinnen\_Juden zu töten. Besonders häufig wurden Vernichtungsdrohungen im Kontext antisemitischer Bedrohungen (25 Vorfälle) formuliert, bei denen teilweise Morddrohungen artikuliert oder entsprechende Bezüge zur Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten hergestellt wurden, z. B. indem angedroht wurde, dass die betroffene Person „vergast“ werde. In den meisten Fällen fielen die Vernichtungsdrohungen in die Kategorie des verletzenden Verhaltens (108).

---

<sup>5</sup> Implizitere Formen von Vernichtungswünschen, die oft im Zuge der Delegitimierung Israels erkennbar sind (z. B. wenn die Region des Nahen Ostens grafisch ohne Israel abgebildet wird), wurden nicht als Vernichtungsdrohung erfasst, auch wenn sie die Existenz des Staates symbolisch negierten.

76 antisemitische Vernichtungsdrohungen wurden offline verzeichnet, während 59 Vorfälle online dokumentiert wurden. 18 Vernichtungsdrohungen fanden von Angesicht zu Angesicht statt. Ein Mann rief z. B. aus einer Wohnung in Lichtenberg: „Du jüdische Drecksau, du sollst im KZ verrecken“. Im Prenzlauer Berg lief ein Mann, der eine Palästina-Flagge um sich gewickelt hatte, die Straße entlang und rief „Kill the Jews“.

Die meisten Fälle von Vernichtungsdrohungen waren Schmierereien (50 Vorfälle), die auf der Straße, in Hausfluren, in öffentlichen Grünanlagen oder auch im Fern- und Nahverkehr entdeckt wurden. In einer Parkanlage in Fennpfuhl wurden mehrere rassistische „White Power“-Symbole und Keltenkreuze, ein Hakenkreuz und ein „Tod den Juden“-Schriftzug entdeckt. Auf Glascontainern in Steglitz-Zehlendorf stand „Zionisten töten“. In einem Hausprojekt in Neukölln war im Hausflur: „A GOOD ZIONIST IS A DEAD ZIONIST“ zu lesen. Auf eine Hauswand in Friedrichshain wurde „1 Zionist = 1 Bullet“ geschrieben. An einer Wand im Eingangsbereich eines Wohnhauses in Neukölln wurde eine Zeichnung von einem Galgen entdeckt, an dem ein Davidstern hing. In der Zugtoilette eines ICE an einem Berliner Bahnhof wurde die Schmiererei „KILL JEWS“ entdeckt.

Auch Vernichtungsdrohungen gegen Israel wurden dokumentiert. Hier handelte es sich um Parolen wie „Death to Israel“, „Tod Israel“ oder „Erase Israel“, die z. B. an Hauswände geschmiert waren.



▲ **Berlin, 21. September:** Antisemitische Vernichtungsdrohung in einem Zug.



▲ **Friedrichshain-Kreuzberg, 6. August:** Aufruf zum Mord an „Zionist\_innen“.

56 der Vernichtungsdrohungen richteten sich explizit gegen Jüdinnen\_Juden, 29 gegen „Zionist\_innen“. 30 Vernichtungsdrohungen riefen zur Vernichtung des Staates Israel auf.

RIAS Berlin hat viele Meldungen der Parole „Death, death to the IDF“ erhalten. Oft trat die Parole gemeinsam mit antisemitischen Äußerungen auf. Ohne weiteren Kontext wird diese Parole von RIAS Berlin nicht als antisemitischer Vorfall erfasst, weil sie zunächst gegen die Israel Defense Forces als militärischer Akteur im Kontext der aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen gerichtet ist und sich eine Ausweitung des Vernichtungswunsches pauschal auf „die Juden“ oder Israel in der isolierten Aussage nicht feststellen lässt.

Antisemitische Vernichtungsdrohungen, denen ein politisch-weltanschaulicher Hintergrund zugeordnet werden konnte, wurden am häufigsten dem rechts-extremen/rechtspopulistischen Spektrum zugeordnet (17 Vorfälle). Vereinzelt wurden sie auch aus dem verschwörungsideologischen und dem islamisch/islamistischen Milieu sowie dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet. In den meisten Fällen (104 Vorfälle) konnte den Vernichtungsdrohungen kein politisch-weltanschaulicher Hintergrund zugewiesen werden.

Der Großteil der Vernichtungsdrohungen (97 Vorfälle; 71,8%) wurde als antisemitisches Othering klassifiziert. 89 Vorfälle (65,9%) enthielten Elemente des israelbezogenen Antisemitismus und 58 Vorfälle (43%) solche des Post-Schoa-Antisemitismus.

Antisemitische Vernichtungsdrohungen wurden mit Ausnahme von Reinickendorf und Spandau in allen Berliner Bezirken dokumentiert, die meisten jedoch in Mitte (17 Vorfälle), Neukölln (15) und Friedrichshain-Kreuzberg (11).

## Bezirke und Tatorte

1191 antisemitische Vorfälle konnten in einem Bezirk lokalisiert werden. Mitte ist der Bezirk mit den meisten Vorfällen (362), gefolgt von Friedrichshain-Kreuzberg (224) und Neukölln (158). Gestiegen sind die Vorfalzzahlen in Charlottenburg-Wilmersdorf (2025: 107; 2024: 82). Auch in Lichtenberg (2025: 45; 2024: 24) und Marzahn-Hellersdorf (2025: 32; 2024: 8) wurden mehr Vorfälle bekannt als im Vorjahr.

Antisemitische Vorfälle ereigneten sich – wie auch in allen Jahren zuvor – an unterschiedlichsten Orten. Die meisten ereigneten sich auf der Straße (714 Vorfälle). In öffentlichen Grünanlagen wurden mit 71 Vorfällen mehr Fälle erfasst als 2024 (55 Vorfälle). Näher beleuchtet werden in diesem Abschnitt Vorfälle im Wohnumfeld, an Bildungseinrichtungen sowie in der Gastronomie.

### Antisemitismus in den Berliner Bezirken

Mitte ist der Berliner Bezirk, für den wie in den Vorjahren die meisten antisemitischen Vorfälle dokumentiert wurden. Der Wert hat sich mit 362 Vorfällen gegenüber dem Jahr 2024 (371 Vorfälle) nur geringfügig verändert. Erneut ist es der Bezirk, in dem sich besonders viele Vorfälle von Angesicht zu Angesicht ereigneten (49 Vorfälle), darunter der Fall extremer Gewalt sowie 7 Angriffe. Zu diesen Vorfällen zählen auch solche, bei denen Jüdinnen und Juden z.B. auf der Straße oder im ÖPNV von ihnen unbekanntenen Personen beschimpft oder beleidigt wurden. Mehr noch als im Jahr zuvor spielen die zahlreichen in Mitte abgehaltenen Versammlungen eine Rolle: 133 der insgesamt 239 Versammlungen, auf denen antisemitische Vorkommnisse verzeichnet wurden, fanden in Mitte statt, 2024 waren es hier 98 solcher Versammlungen. Ein weiterer Faktor ist, dass sich in Mitte Gedenkorte konzentrieren, die teilweise mehrfach zum Ziel gezielter Sachbeschädigungen wurden.

Die Zahl der in Friedrichshain-Kreuzberg dokumentierten Vorfälle ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen (2025: 224; 2024: 255); in Kreuzberg wurden mit 156 Vorfällen mehr als doppelt so viele Vorfälle dokumentiert wie in Friedrichshain (68). Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wurden 2025 die meisten antisemitischen Angriffe bekannt (16), fast doppelt so viele wie in 2024 (8). In einem Fall wurde in einer Grünanlage ein Mann, der einen Davidsternanhänger trug, von einem anderen Mann antisemitisch beleidigt und mit einem Messer bedroht. Der Täter machte stichartige Bewegungen in seine Richtung und drohte, ihn abzustechen. Letztlich konnte er von eintreffenden Beamten an der Tat gehindert werden. Wie im Jahr zuvor war Friedrichshain-Kreuzberg mit 112 Vorfällen auch der Bezirk, in dem die meisten antisemitischen Schmierereien dokumentiert wurden.

Mit 158 Vorfällen ist die Anzahl der in Neukölln dokumentierten Vorfälle 2025 im Vergleich zum Vorjahr gesunken (2024: 224 Vorfälle), sie liegt aber immer noch auf einem deutlich höheren Niveau als in den Jahren vor 2023 (2022: 29; 2021: 65; 2020: 30). Auch dieser Bezirk wies eine hohe Zahl an antisemitischen Schmierereien auf (80). In Neukölln kam es zudem zu 18 antisemitischen Vorfällen im gastronomischen Bereich, in Kneipen, Cafés oder Restaurants. Darunter war auch ein Angriff und zwei Fälle von Bedrohungen. Desweiteren wurden Gäste und Betreiber\_innen antisemitisch beschimpft und beleidigt sowie Schmierereien, Plakate oder Aufkleber mit antisemitischen Inhalten in Lokalen angebracht.

Charlottenburg-Wilmersdorf gehört zu den Bezirken, aus denen RIAS Berlin 2025 mehr antisemitische Vorfälle bekannt wurden als im Vorjahr (2025: 107; 2024: 82). Hier ereigneten sich besonders viele der Vorfälle von Angesicht zu Angesicht (27). Auch 9 Vorfälle im Wohnumfeld von Betroffenen wurden dokumentiert. Antisemitische Vorfälle an Hochschulen haben ebenfalls einen Anteil an der hohen Zahl der Vorfälle in diesem Bezirk.

In Lichtenberg wurde ebenfalls ein Anstieg antisemitischer Vorfälle dokumentiert. 2024 wurden hier 24 Vorfälle verzeichnet, 2025 waren es 45. Bei den Vorfällen handelte es sich in der Mehrzahl um antisemitische Schmierereien und Aufkleber (35).

Auch in Marzahn-Hellersdorf wurden mit 32 Vorfällen mehr Vorfälle als im Vorjahr verzeichnet (2024: 8). 17 der 32 Vorfälle konnten dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum zugeordnet werden; dieses Spektrum war in diesem Bezirk deutlich präsenter als im Vorjahr.

### **Orte antisemitischer Vorfälle**

Mit 714 Vorfällen wurden 2025 mehr antisemitische Vorfälle auf der Straße dokumentiert als im Vorjahr (2024: 700). 87 Vorfälle wurden im öffentlichen Nahverkehr verzeichnet, 85 in Bildungseinrichtungen sowie 71 in öffentlichen Grünanlagen. An Gedenkortern wurden 61 Vorfälle bekannt, im Wohnumfeld 50 und in der Gastronomie 39.

### **Wohnumfeld**

Dem Projekt wurden 50 antisemitische Vorfälle bekannt, die sich im Wohnumfeld ereigneten. Diese Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr etwas zurückgegangen (2024: 68). Die Vorfälle beinhalteten 3 Angriffe, 12 gezielte Sachbeschädigungen, 4 Bedrohungen und 31 Fälle verletzenden Verhaltens. Antisemitische Vorkommnisse im nahen Wohnumfeld sind oft stark verunsichernd, weil sie den Rückzugsort des eigenen Zuhauses betreffen. Dies kann zu einem Gefühl von Unsicherheit

und Bedrohung im eigenen Zuhause führen und das Vertrauen in die unmittelbare Umgebung sowie in Nachbarschaftsverhältnisse beeinträchtigen.

In Mitte wurde im Dezember eine Bedrohung dokumentiert: Eine jüdisch-kurdische Person entdeckte an ihrer Wohnungstür eine antisemitische und antikurdische Vernichtungsdrohung in türkischer Sprache. Außerdem war auf der Tür das Wort „Gaza“ mit einer Orchon-Rune geschrieben; diese Rune wird z. B. von türkischen rechtsextremen Gruppierungen wie den Grauen Wölfen verwendet. 12 gezielte Sachbeschädigungen im Wohnumfeld hat RIAS Berlin 2025 insgesamt dokumentiert, u. a. wurden Klingel- oder Namensschilder, Briefkästen oder Wohnungstüren von Jüdinnen und Juden markiert, beschmiert oder beschädigt. Im Januar wurde auf einer Tür zum Hinterhaus, nur wenige Meter entfernt von der Wohnungstür einer jüdischen Person, eine Schmiererei mit den Worten „Fuck Juden“ angebracht. Unweit davon befanden sich an einer anderen Wand zudem mehrere Hakenkreuze. Ein verunsichernder Faktor bei Vorfällen dieser Art ist, dass für die Betroffenen oft nicht erkennbar ist, von wem die Vorfälle ausgehen: Handelt es sich um bekannte Personen wie Nachbar\_innen? Haben die Täter\_innen einfachen Zugang zum Haus und damit zum Wohnumfeld der Betroffenen? Wie kann die eigene Wohnung geschützt werden? Dies sind Fragen, die sich nach einer solchen Entdeckung stellen können.

Unter den 31 Fällen verletzenden Verhaltens im Wohnumfeld waren z. B. antisemitische Schmierereien oder Aufkleber, die in Wohnhäusern angebracht wurden und bei denen keine gezielte Adressierung erkennbar oder wahrscheinlich ist. So wurden z. B. in mehreren Wohnhäusern in unterschiedlichen Straßen in Charlottenburg-Wilmersdorf Flugblätter mit antisemitischen und verschwörungsideologischen Inhalten in zahlreiche Briefkästen eingeworfen.

## Schule

RIAS Berlin sind 2025 26 Vorfälle an Schulen bekannt geworden, das sind im Vergleich zu 2024 etwa 40 % weniger (2024: 44). Die meisten Vorfälle (18) geschahen wie im Vorjahr von Angesicht zu Angesicht und gingen von Mitschüler\_innen aus. Jüdische und israelische oder als solche wahrgenommene Schüler\_innen wurden bespuckt, verfolgt, geschlagen, beschimpft und von Aktivitäten ausgeschlossen, zudem wurde „Du Jude“ als Schimpfwort verwendet, und es kam vor, dass Besitz beschädigt und gestohlen wurde. Vereinzelt kam es auch zu antisemitischen Vorfällen gegen Lehrkräfte. Neben den Vorfällen von Angesicht zu Angesicht wurden antisemitische Inhalte in Lernmaterialien geschmiert sowie antisemitische Sticker und Schmierereien im oder am Gebäude angebracht. An einer Grundschule wurden z. B. mehrere neonazistische Aufkleber entdeckt auf denen „NS Zone“, „Heil Deutschland“ und „Befreie dich vom Schuld kult“ stand. An einer anderen Schule wurde an die Wände „Juden“ und „Sieg Heil“ geschrieben,

daneben waren Hakenkreuze geschmiert. Vereinzelt kam es auch zu antisemitischen Äußerungen durch die Lehrenden oder die Schulleitung gegenüber Eltern oder Kolleg\_innen.

## Hochschule

RIAS Berlin dokumentierte 2025 55 antisemitische Vorfälle an Berliner Hochschulen. Die Anzahl der 2025 an Hochschulen dokumentierten antisemitischen Vorfälle ist im Vergleich zum Vorjahr (2024: 51) leicht angestiegen. Die an Hochschulen erfassten Vorfälle umfassten 3 Bedrohungen und 52 Fälle verletzenden Verhaltens. 12 Vorfälle ereigneten sich von Angesicht zu Angesicht. Es wurden insgesamt 31 Schmierereien, Plakate oder Flyer und Aufkleber mit antisemitischen Inhalten und auch 9 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen bekannt, die auf dem Hochschulgelände stattfanden. Anders als im Vorjahr wurden 2025 keine Angriffe an Hochschulen dokumentiert.

Berliner Hochschulen haben sich nach dem 7. Oktober und während des Kriegs zwischen Israel und der Hamas zu Orten des Konflikts um Deutungshoheiten und politische Positionierungen entwickelt. In diesen Kontexten kam es 2025 wie schon 2023 und 2024 deutlich häufiger zu antisemitischen Vorfällen als in den Jahren zuvor.

An einer Universität in Berlin-Mitte wurde z. B. eine jüdische Studentin von zwei Kommilitoninnen als „Kindermörderin“ beschimpft und bedroht, nachdem die beiden aus einem Gespräch der Studentin mit einer Freundin mitbekommen hatten, dass sie neben der deutschen auch die israelische Staatsbürgerschaft habe und sich zunehmend unwohl in Deutschland fühle. Die beiden Studentinnen äußerten ihr gegenüber, dass sie dies Unwohlsein begrüßten, denn mit „Anhängerrinnen des Kindermörderstaats“ wollten sie nicht zusammen studieren. Am besten habe sie ab, „bevor noch was passiert.“ Die Studierende wurde folglich angefeindet, weil sie für tatsächliche oder vermeintliche Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht wurde, zudem wurde das antijudaistische Stereotyp des „Kindermörders“<sup>6</sup> verwendet.

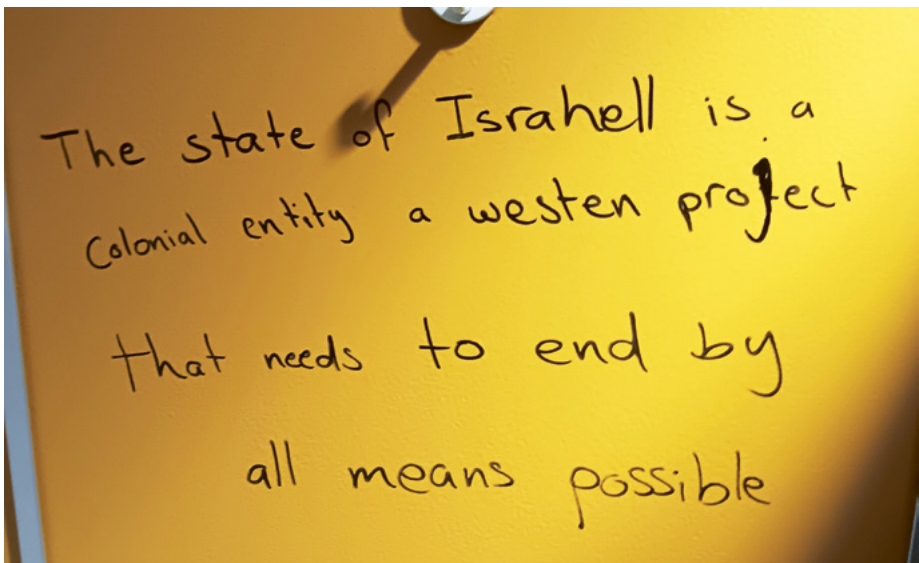
---

6 Der weitverbreitete Slogan „Kindermörder Israel“ bezieht sich mitunter auf die im Mittelalter in Europa verbreitete antisemitische Ritualmord-Legende, der zufolge christliche Kinder von Juden umgebracht und ihr Blut für religiöse Rituale verarbeitet wurde.

Rund 84 % der Vorfälle an den Hochschulen (46) wiesen Elemente des israelbezogenen Antisemitismus auf, oft in Kombination mit anderen Erscheinungsformen. Die dokumentierten antisemitischen Schmierereien auf dem Gelände von Hochschulen zeichneten sich zum Teil durch eine gewaltvolle oder gewaltverherrlichende Sprache aus, in einzelnen Fällen wurden auch Vernichtungsdrohungen formuliert. Im Juni wurde z. B. auf der Männertoilette einer Universität in Steglitz-Zehlendorf die Schmiererei entdeckt: „The state of Israhell is a colonial entity a westen project that needs to end by all means possible“ [Fehler im Original]. Auf einer Sitzbank an einer Universität in Charlottenburg-Wilmersdorf stand: „Free Palestine – Death to Zionism“.

Es gab auch Aktionen von Seiten jüdischer und nicht-jüdischer Studierenden-gruppen, die sich gegen Antisemitismus an den Hochschulen einsetzten, so z. B. durch eine „Besetzung gegen Antisemitismus“ an der Technischen Universität Berlin, um auf die Thematik aufmerksam zu machen. Im Zuge dieser Aktion kam es zu antisemitischen Vorfällen gegen die Besetzer\_innen. Ein Transparent der Besetzer\_innen mit der Aufschrift „Davidstern statt Hamasdreieck“ wurde zunächst mit einem Farbbeutel beworfen, der auch Glassplitter enthielt, und später abgerissen. Die Täter\_innen äußerten den Besetzenden gegenüber, dass sie das Plakat wegen des darauf abgebildeten Davidstern entfernten. Ihnen zufolge seien „im Namen des Davidsterns sehr viele Menschen ermordet worden“. Auch wurden antisemitische und terrorverherrlichende Schmierereien hinterlassen, darunter „Death to IsraHell“ und „Glory to Hamas“.

- ▼ **Steglitz-Zehlendorf, 12. Juni:**  
Antisemitische Schmiererei auf der Toilette einer Universität.



## Gastronomie

39 antisemitische Vorfälle zählte RIAS Berlin 2025 in oder unmittelbar bei gastronomischen Einrichtungen in Berlin, 2024 waren es 32 Vorfälle. Zu diesen Vorfällen zählen ausschließlich solche, die sich tatsächlich direkt vor Ort ereigneten. Betroffene waren die Betreiber\_innen, Angestellte und auch Gäste.

Gäste und Betreiber\_innen wurden unvermittelt durch unbekannte Personen, meist Passanten, offen antisemitisch beleidigt und beschimpft; etwa als in Neukölln der Fahrer eines vorbeifahrenden Müllabfuhr-Autos aus dem Fenster „Scheiß Juden“ rief. In einem anderen Fall schrie ein Passant: „Drecksjuden! Erstickt an eurem Fraß!“ In einigen Fällen war die jeweilige gastronomische Einrichtung als israelisch erkennbar. Es wurde außerdem Inventar von Bars oder Cafés beschädigt oder umgeworfen. In einem Fall wurde der Betreiber eines Lokals zunächst antisemitisch beleidigt, etwas später wurden die Gäste angepöbelt und ein Pflasterstein wurde in Richtung des Außenbereichs des Lokals geworfen.

18 der Vorfälle im Bereich Gastronomie waren Schmierereien, Aufkleber, Zettel und Plakate. In Einzelfällen wurden israelische Restaurants durch Schmierereien an der Fassade antisemitisch markiert. Viele Schmierereien fanden sich außerdem in Toilettenkabinen verschiedener Kneipen oder Restaurants. So wurde in Kreuzberg in einem Restaurant auf der Toilette „Welcome FCK ISSRL“ (mit „SS“ als Sig-runen), „fuck Israel = Nazi“, „FCK ZIO NZS Free Palestine“ geschmiert, in einem Café in Mitte stand mehrfach auf verschiedenen Wänden großflächig „FCK Juden“, „FICK JUDEN“ sowie „FICK ISRAEL“, „FCK ISRAEL“.

In einzelnen Fällen wurden Gäste vom Personal des Cafés diskriminiert, z. B. indem ihnen die Bedienung verweigert wurde. Teilweise wurden sie im Zuge dessen auch beleidigt und aus der Lokalität verwiesen. In einem Fall kam es zu einem Angriff auf eine Person durch andere Gäste.

Zusätzlich zu diesen 39 Vorfällen, die sich gegen jüdische oder israelische Gastronomien richteten oder sich in anderen gastronomischen Räumen ereigneten, dokumentierte RIAS Berlin antisemitische Vorfälle, die sich z. B. in den Sozialen Medien gegen gastronomische Einrichtungen in Berlin richteten.

## Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Wie bereits 2023 und 2024 war auch im Jahr 2025 das Spektrum, dem die meisten antisemitischen Vorfälle zugeordnet werden konnten, das des antiisraelischen Aktivismus (303; 13,8%). 123 Vorfälle (5,6%) wurden aus dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum bekannt. 83 Vorfälle (3,8%) wurden dem linken/antiimperialistischen Spektrum zugeordnet und 81 (3,7%) dem verschwörungsideologischen. Die Anzahl der Vorfälle aus dem islamisch/islamistischen Spektrum lag bei 28 Vorfällen (1,3%). Der politischen Mitte und dem christlichen/christlich fundamentalistischen Spektrum konnten 20 bzw. 9 Vorfälle zugeordnet werden, jeweils weniger als 1% der gesamten Vorfälle.

Bei 70,6% der Vorfälle konnte der politisch-weltanschauliche Hintergrund nicht eindeutig bestimmt werden.

### Weiterhin die meisten Vorfälle aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus

Die meisten Vorfälle, die einem politisch-weltanschaulichen Spektrum zugewiesen werden konnten, kamen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus (303 Vorfälle; 13,8%). Das war auch in den Jahren 2023 und 2024 der Fall. Beim Spektrum des antiisraelischen Aktivismus handelt es sich um ein sehr heterogenes Milieu, in dem die israelfeindliche Motivation der Akteur\_innen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu überwiegt.

Wie bereits im Vorjahr spielte die politische Mobilisierung zu Versammlungen, auf denen es zu antisemitischen Vorkommnissen kam, eine zentrale Rolle. 179 Versammlungen, in deren Kontext antisemitische Vorfälle verzeichnet wurden, ließen sich dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zuordnen, 2024 waren es 175 solcher Versammlungen. 2025 wurden außerdem 21 Vorfälle von Angesicht zu Angesicht, darunter 5 Angriffe, aus diesem Milieu bekannt. 2025 wurden z. B. weniger antisemitische Aufkleber (26 Vorfälle; 2024: 74) und auch weniger antisemitische Kommentare in den Sozialen Medien (57 Vorfälle; 2024: 85) dokumentiert, die diesem Spektrum zugeordnet werden konnten. In absoluten Zahlen wurden diesem Spektrum entsprechend weniger Vorfälle zugeordnet als im Vorjahr (2024: 398).

## Rechtsextremes/rechtspopulistisches Spektrum wieder sichtbarer

2025 wurden dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum mit 123 Vorfällen (5,6 %) mehr Vorfälle zugeordnet als im Vorjahr (108; 4,3 %). Bei den Vorfällen handelte es sich oft um Aufkleber (32) und antisemitische Schmierereien (23), die besonders gehäuft für Marzahn-Hellersdorf dokumentiert wurden (17). Darunter sind Aufkleber, die sich gegen einen vermeintlichen „Schuldskult“ richten, aber z. B. auch Schmierereien, wie etwa „Jude verrecke“ in Kombination mit NS-Symbolen. In Mitte wurden 18 Vorfälle aus dem rechtsextremen Spektrum verzeichnet, in Lichtenberg und Treptow-Köpenick je 8.

11 Vorfälle aus dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum ereigneten sich von Angesicht zu Angesicht, darunter 1 Angriff. Hier handelte es sich meist um öffentliche Pöbeleien auf der Straße oder im ÖPNV, abwertende Äußerungen über Jüdinnen\_Juden, mitunter auch um antisemitische Vernichtungsdrohungen, die oft in Kombination mit positiven Bezügen auf den Nationalsozialismus getätigt wurden. Auch 50 antisemitische Vorfälle, die sich online ereigneten, wurden dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum zugeordnet.



◀ **Marzahn-Hellersdorf, 5. Juni:** NS-Verherrlichung und antisemitische Vernichtungsdrohung in einem S-BahnTunnel.



### **Mehr Versammlungen aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum**

Aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum wurde mit 83 Vorfällen (3,8 %) eine ähnliche Anzahl wie im Vorjahr (79; 3,1 %) verzeichnet. 2025 waren darunter 28 Versammlungen, in deren Kontext antisemitische Vorfälle dokumentiert wurden, im Vorjahr waren 20 Versammlungen diesem Spektrum zugeordnet worden. Vorfälle aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum wurden vor allem in Mitte (20), in Friedrichshain-Kreuzberg (17) und Neukölln (9) verzeichnet.

Hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung der Vorfälle aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum sind Versuche bezeichnend, den Begriff Antifaschismus umzudeuten, indem seine Loslösung vom „Zionismus“ gefordert wird. Der eigene Kampf gegen Israel wird dabei in eine Tradition mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus gestellt. Durch Gleichsetzungen des Zionismus mit dem Nationalsozialismus oder Faschismus werden diejenigen, die das Existenzrecht Israels oder das nationale Selbstbestimmungsrecht von Jüdinnen\_Juden nicht infrage stellen, pauschal und ohne jede Berücksichtigung unterschiedlicher politischer Ausprägungen des Zionismus zum Feind erklärt, der von den „Antifaschist\_innen“ bekämpft werden muss.

### **Vorfälle, denen sich kein politisch-weltanschaulicher Hintergrund zuordnen ließ**

Wie bereits in den Vorjahren, ließ sich auch 2025 dem Großteil der von RIAS Berlin verzeichneten antisemitischen Vorfälle kein politisch-weltanschaulicher Hintergrund eindeutig zuordnen (70,6 %). Da zahlreiche antisemitische Parolen, Motive und Symboliken spektrenübergreifend verwendet werden, lässt sich aus dem Inhalt eines Schriftzuges oder einer Äußerung oft nicht eindeutig auf ein bestimmtes politisches Milieu schließen. In anderen Fällen liegen dem Projekt keine Informationen über den Hintergrund der Täter\_innen einer antisemitischen Äußerung oder Handlung vor, die eine Zuordnung eines politisch-weltanschaulichen Spektrums ermöglichen würde. Entsprechend ordnet RIAS Berlin den politisch-weltanschaulichen Hintergrund in diesen Fällen als „unbekannt“ ein.

Antisemitische Angriffe, Bedrohungen oder auch antisemitische Beschimpfungen finden oft aus spontanen Begegnungen heraus statt, bei denen die Täter\_innen völlig unvermittelt Jüdinnen\_Juden oder als solche adressierte Personen anfeinden oder angreifen. Da es sich in den meisten Fällen um Personen handelt, die den Betroffenen völlig unbekannt sind, kann in der Regel kein politisch-weltanschaulicher Hintergrund zugeordnet werden. Das traf 2025 auf 173 von 211 Vorfällen zu, die sich von Angesicht zu Angesicht ereigneten, darunter 31 der 39 dokumentierten antisemitischen Angriffe.

Auch abwertende Äußerungen oder Schmierereien, die sich gegen Jüdinnen\_Juden richten, konnten oft keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden. Dies betraf 197 der 257 dokumentierten Vorfällen. Dazu zählten Schmierereien, wie „Fuck Juden“; „Fuck Kikes“ oder „Drecksjuden“ und entsprechende Äußerungen, die gezielt an jüdische oder israelische Personen oder als solche wahrgenommene Personen adressiert wurden oder die, z. B. im öffentlichen Nahverkehr oder auf der Straße, mitgehört wurden. In Fällen, in denen solche Beschimpfungen einem politisch-weltanschaulichen Spektrum zugeordnet werden konnten, wurden die meisten Vorfälle dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum zugeordnet (29). Solche Vorfälle wurden jedoch vereinzelt aus allen politisch-weltanschaulichen Spektren verzeichnet, mit Ausnahme des christlichen/christlich-fundamentalistischen Spektrums.

Verschiedene antisemitische Narrative sind in allen politisch-weltanschaulichen Spektren vertreten, was eine eindeutige Zuordnung zu einem politischen Milieu erschwert. Wie bereits im Vorjahr galt dies insbesondere für Bagatellisierungen der Schoa und für die antisemitische Täter-Opfer-Umkehr durch die Gleichsetzungen von Jüdinnen\_Juden oder Israel mit den Nationalsozialisten. Äußerungen, in denen die Situation in Gaza als „Holocaust“ bezeichnet wird oder Schmierereien, die in einen Davidstern ein Hakenkreuz integrierten, konnten ohne weitere Kontextinformationen keinem politischen Milieu zugeordnet werden. Von 536 Vorfällen, die verschiedene Varianten der Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus enthalten, konnten 388 keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden.



▲ **Mitte, 18. Februar:** Antisemitische Schmiererei auf einem BVG-Schild. „Kike“ ist eine abwertende Bezeichnung für Jüdinnen/Juden aus dem anglo-amerikanischen Raum.

◀ **Neukölln, 29. Oktober:** Antisemitische Schmiererei an einer Hauswand. In der Nähe befanden sich weitere antisemitische Schriftzüge und auch eine LGBTQ-feindliche Schmiererei.

▼ **Charlottenburg-Wilmersdorf, 19. Juli:** Antisemitische Schmiererei auf einer Bank.



# Die Statistik auf einen Blick

## Antisemitische Vorfälle nach Berliner Bezirken



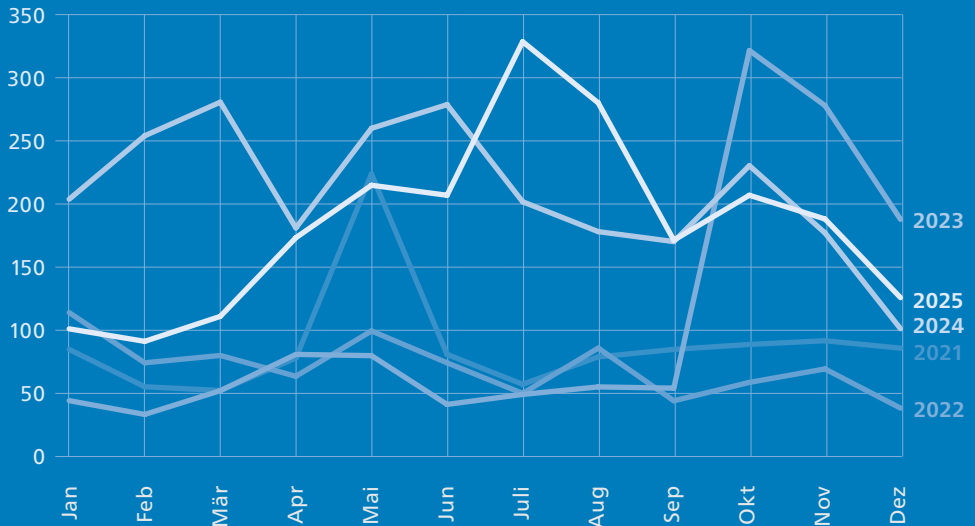
## nach Berliner Bezirken

Jahr	2025	2024	2023	2022	2021	2020	2019	2018
Mitte	362	371	189	111	149	155	141	146
Neukölln	158	224	118	29	65	30	45	56
Charlottenburg-Wilmersdorf	107	82	97	45	51	70	77	80
Friedrichshain-Kreuzberg	224	255	126	27	51	51	48	66
Pankow	56	68	45	54	47	40	40	35
Lichtenberg	45	24	21	15	36	11	18	8
Tempelhof-Schöneberg	77	102	35	17	33	25	22	30
Treptow-Köpenick	39	46	22	18	23	25	15	31
Steglitz-Zehlendorf	76	78	29	11	16	15	17	25
Marzahn-Hellersdorf	32	8	19	17	12	10	6	10
Reinickendorf	9	17	10	2	9	6	8	6
Spandau	6	19	9	12	6	11	9	10
Keine Angabe/Unbekannt	44	62	26	8	10	5	4	3

## nach Vorfalltypen

Jahr	2025	2024	2023	2022	2021	2020	2019	2018
Extreme Gewalt	1	2	2	1	2	0	0	0
Angriffe	39	53	34	21	22	17	33	46
Gezielte Sachbeschädigungen	63	99	52	31	43	43	38	43
Bedrohungen	41	46	49	24	28	54	59	46
Verletzendes Verhalten	2004	2212	1121	751	895	779	653	833
Massenzuschriften	49	109	12	20	62	126	103	117
<b>Gesamt</b>	<b>2197</b>	<b>2521</b>	<b>1270</b>	<b>848</b>	<b>1052</b>	<b>1019</b>	<b>886</b>	<b>1085</b>

## nach Monaten

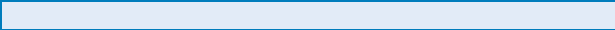
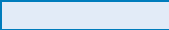










Jahr	2025	2024	2023	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Januar	100	204	43	115	84	94	72	78	68
Februar	90	255	32	74	54	64	82	91	88
März	110	282	51	80	51	56	69	56	77
April	173	181	80	63	77	65	80	106	98
Mai	216	261	79	100	225	88	73	163	100
Juni	207	280	40	74	80	75	79	85	84
Juli	327	202	48	49	56	98	66	136	70
August	281	178	54	86	78	118	90	121	67
September	171	170	53	43	84	92	65	84	73
Oktober	208	231	323	58	88	95	99	58	44
November	189	177	279	69	91	95	59	75	61
Dezember	125	100	188	37	85	64	47	32	112

## Betroffene Institutionen und Einzelpersonen

Jahr	2025	2024	2023	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Institutionen	1020	1243	467	468	545	515	391	579	538
Einzelpersonen	405	537	480	203	292	348	329	368	218

## Betroffenengruppen

Jüdische/Israelische Institutionen	885	
Jüdische/Israelische Einzelpersonen	236	
Unbekannte/Sonstige (Einzelpersonen und Institutionen)	109	
Gedenkstätte (Einzelpersonen und Institutionen)	56	
Adressiert als jüdisch (Einzelpersonen und Institutionen)	56	
Zivilgesellschaft (Einzelpersonen und Institutionen)	39	
Adressiert als politische Gegner_innen (Einzelpersonen und Institutionen)	31	
Partei (Einzelpersonen und Institutionen)	6	
Presse (Einzelpersonen und Institutionen)	6	
Polizei (Einzelpersonen und Institutionen)	1	

# Erscheinungsformen

Mehrfache Zuordnungen  
sind möglich

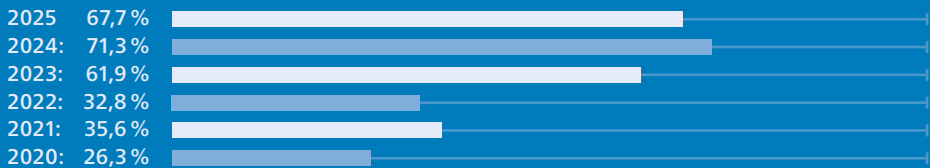
## Antijudaistischer Antisemitismus



## Moderner Antisemitismus



## Israelbezogener Antisemitismus



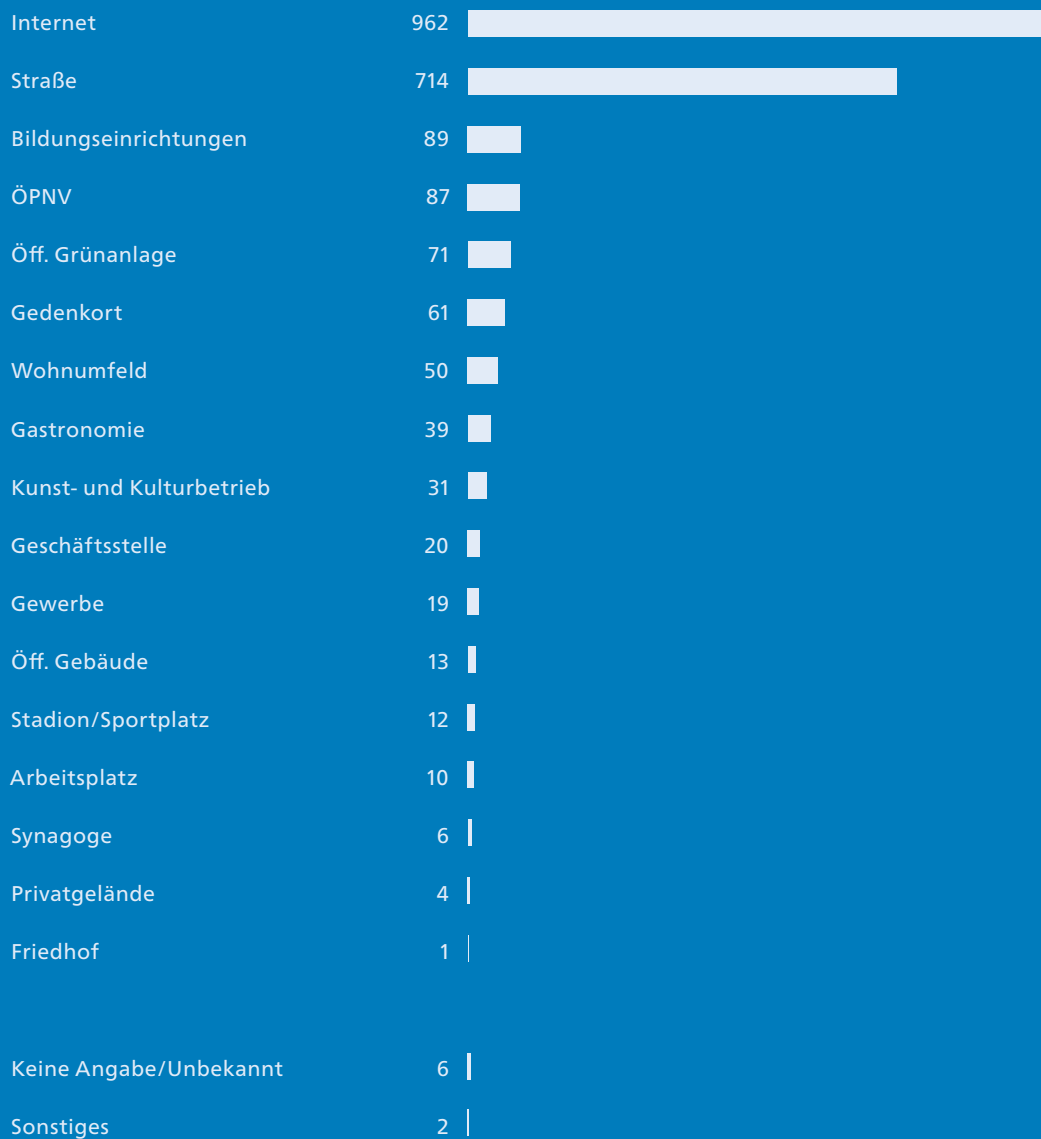
## Antisemitisches Othering



## Post-Schoa-Antisemitismus

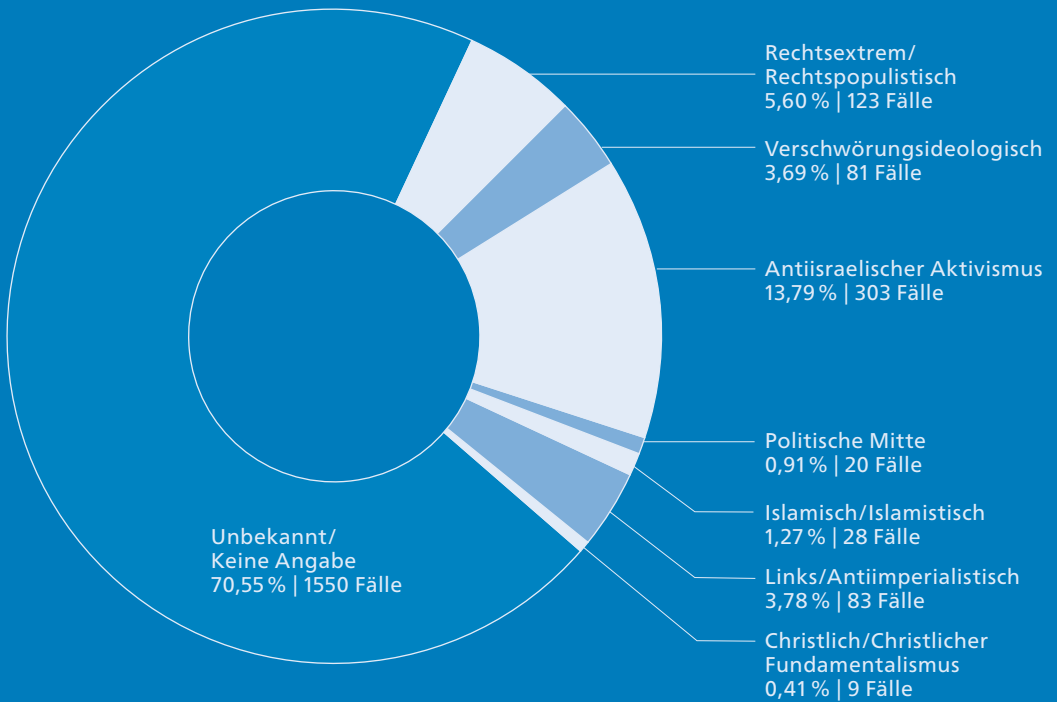


## Antisemitische Vorfälle nach Tatorten



# Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Jeder Fall wird nur einer Kategorie zugeordnet



# Antisemitische Vorfälle auf Versammlungen in Berlin 2025

Im Jahr 2025 erfasste RIAS Berlin 239 Versammlungen, in deren Rahmen es zu antisemitischen Äußerungen und Handlungen kam. In keinem Jahr seit Beginn der Dokumentation durch RIAS Berlin hat das Projekt so viele solcher Versammlungen erfasst wie 2025 (z. B. 2024: 209; 2023: 83; 2022: 36). Auch im Versammlungsgeschehen ist folglich das seit dem 7. Oktober 2023 stark erhöhte Vorfallaufkommen sichtbar. RIAS Berlin dokumentiert eine Versammlung als antisemitischen Vorfall, wenn in Redebeiträgen, auf Transparenten, Plakaten, Kleidungsstücken oder in gerufenen Parolen eine oder mehrere antisemitische Äußerungen bekannt wurden. Dass RIAS Berlin eine Versammlung als antisemitischen Vorfall erfasst, bedeutet nicht, dass antisemitische Inhalte die jeweilige Versammlung dominiert haben. Gleichwohl boten diese Versammlungen eine öffentlichkeitswirksame Plattform für antisemitische Äußerungen. Auch wenn es auf den meisten Versammlungen zu mehreren verschiedenen antisemitischen Vorfällen kommt, werden diese jeweils nur als ein Vorfall in der Kategorie der Versammlungen erfasst.

Von den 239 Versammlungen wiesen 187 einen Bezug auf die Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 oder den darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas, insbesondere in Gaza, auf. Im Zeitraum von April bis Juli wurden pro Monat zwischen 24 und 28 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen dokumentiert, im Oktober waren es sogar 29, also fast eine solche Versammlung pro Tag. Auch nach dem Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas im Oktober blieb das Versammlungsgeschehen dynamisch. Allerdings ließen sich auf vielen Versammlungen eher geringe Teilnehmerszahlen feststellen, während im Kontext bestimmter Ereignisse auch 2025 zu Großdemonstrationen mobilisiert werden konnte.

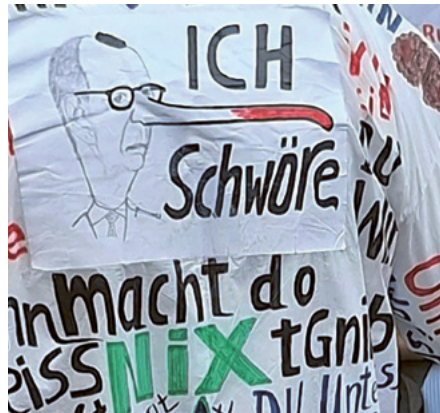
Auf 144 Versammlungen kam es zusätzlich zu antisemitischen Vorkommnissen auch zu terrorverherrlichenden Äußerungen. Terrorverherrlichung war bereits 2024 ein wesentliches Merkmal der Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen; das hat sich 2025 noch verstärkt.

RIAS Berlin erfasste 2025 Versammlungen ganz unterschiedlicher Formate, darunter Demonstrationen und Kundgebungen, Protestcamps und Besetzungen, Mahnwachen und musikalische Flashmobs sowie öffentliche Vorträge und Infoveranstaltungen.

Es kam auch zu Störungen von Gedenk- und Informationsveranstaltungen, die sich mit den Themen Schoa, Antisemitismus, Erinnerungskultur oder Islamismus auseinandersetzten. So wurde eine Demonstration zum Gedenken an die Novemberpogrome 1938 von „Kindermörder“-Rufen und „Free Palestine“-Rufen begleitet. Auch im Rahmen einer Besetzung gegen Antisemitismus in universitären Räumen kam es zu mehreren antisemitischen Vorfällen, die sich gegen die Besetzung richteten (siehe Bericht S. 67).



Auf einer Versammlung am 13. September aus dem verschwörungsideologischen Milieu wurden Vorfälle aller von RIAS Berlin erfasster Erscheinungsformen dokumentiert, z. B. eine vermeintlich mit Blut beschmierte Totenkopfmaske mit darauf abgebildetem Davidstern, eine Zeichnung von Friedrich Merz mit Kippa und langer Nase, eine abwertende Bezugnahme auf das Judentum als „auserwähltes Volk“.



## Politisch-weltanschaulicher Hintergrund der Versammlungen

Bei 226 der 239 erfassten Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen ließ sich ein politisch-weltanschaulicher Hintergrund zuordnen. Einige politisch-weltanschauliche Spektren sind jedoch in sich heterogen, und auf vielen Versammlungen kamen außerdem Akteur\_innen und Gruppen verschiedener politisch-weltanschaulicher Milieus zusammen. Bei Versammlungen mit der Beteiligung von Gruppen aus verschiedenen politischen Milieus wird die Versammlung dem dominierenden Spektrum zugeordnet. 179 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen (75 %) ordnete RIAS Berlin dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zu, 28 dem linken/antiimperialistischen Spektrum, 9 dem islamisch/islamistischen, 7 dem verschwörungsideologischen und 3 dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum.

Beim Spektrum des antiisraelischen Aktivismus handelt es sich um ein besonders heterogenes Milieu, das teilweise nicht eindeutig politisch zugeordnet werden kann: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der Protagonist\_innen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Auf den Versammlungen aus diesem Spektrum gab es häufig auch Logos von Gruppen, die auf andere politisch-weltanschauliche Hintergründe verwiesen.

Kleine Parteien, wie das *Team Todenhöfer*, das *BSW* und *MERA25*, aber auch Teile der Partei *Die Linke*, wurden immer wieder durch Logos auf Transparenten, Schildern und Fahnen sowie durch Redebeiträge bei Versammlungen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus sichtbar.

Neben den Überschneidungen ließen sich auch Divergenzen innerhalb sowie zwischen den Spektren feststellen. So wurde für den 27. September 2025 zu einer Demonstration „Zusammen für Gaza“, zu der u. a. die Partei *Die Linke* aufgerufen hatte sowie zu einer unmittelbar anschließenden Großkundgebung „All Eyes on Gaza“ unter Beteiligung größerer NGOs wie *Amnesty International* und *medico international*, zahlreicher linker Initiativen und verschiedener Künstler\_innen mobilisiert. An der Versammlung beteiligten sich zwischen 60 000–100 000 Personen. Die Demonstration und die Kundgebung wurden dem linken/antiimperialistischen Spektrum zugeordnet, wenngleich sich auch zahlreiche Gruppen aus anderen Spektren beteiligten. Von einigen Gruppen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus wurde zu einer alternativen Versammlung am gleichen Tag aufgerufen. Im Aufruf wurde das Motto „Total Liberation, Fight Normalization“ ausgegeben und der Vorwurf formuliert, dass jene Regierungen, „die das Rückgrat des Imperialismus bilden – jene Mächte, die den Zionismus seit seiner Gründung bewaffnet, finanziert und geschützt haben“, es nun wagten, „sich als humanitär zu inszenieren“. Den NGOs wurde vorgeworfen, sie stünden, „Hand in Hand mit ihren Geldgebern [...], historisch an vorderster Front bei der Entradikalisierung

und Zerschlagung von Bewegungen, die nicht im Dienst ihrer Regierungen stehen [...]“. Weiter heißt es „Wir weisen jeden Versuch der Normalisierung und alle Diskurse zurück, die zu ‚Frieden‘ zwischen ‚Israel‘ und Palästina aufrufen“<sup>7</sup>. Andere Gruppen aus demselben Milieu riefen dagegen dazu auf, auf der Großdemonstration geschlossen für Palästina aufzutreten.

Sowohl von der Großdemonstration und -kundgebung als auch von der alternativen Versammlung wurden RIAs Berlin antisemitische Vorfälle bekannt. Auf der Großkundgebung wurde auf Schildern u. a. das Vorgehen Israels in Gaza mit der Schoa gleichgesetzt, zum Kampf gegen den Zionismus aufgerufen und auf Bildern suggeriert, dass Israel die USA kontrolliere. Als Parolen wurden z. B. „Alle zusammen gegen Zionismus“ und „Kindermörder“ gerufen. In einem Redebeitrag wurde zudem die „Infragestellung des zionistischen, kolonialistischen und rassistischen Staatsprojekts selbst“ gefordert und die „Zweistaatenlösung“ als „überholte Illusion“ abgelehnt. Auch terrorverherrlichende Parolen wurden dokumentiert. Auf einer Flagge war das Symbol der Fatah zu sehen, das zwei gekreuzte AK-47 und eine Handgranate vor dem Umriss einer Karte Israels zeigt.



- ▲ **Mitte, 27. September:** Auf der Großdemonstration wurden u. a. Narrative der Schuldabwehr verbreitet.

---

7 Siehe: <https://www.instagram.com/p/DOTnLOSCMgm/>, Zugriff: 24.4.2026.

Auf der alternativen Versammlung „Until total liberation“ ebenfalls am 27. September 2025 wurde u. a. das Massaker am 7. Oktober 2023 als „Widerstand“ legitimiert. In einem vorgetragenen Statement hieß es, die Befreiung Palästinas müsse die Befreiung „of all historic Palestine“ sein. „Anything less than that is betrayal to the palestinian people and capitulation to the occupation“, hieß es, sowie „Every form of resistance against occupation is legitimate“. Israel wurde als „Kindermörder“ bezeichnet und „From the river to the sea, Palestine will be free“ skandiert. Zudem stimmten Teilnehmende ein terrorverherrlichendes arabisches Call-and-Response Lied an. Darin wurden Netanyahu und Ben-Gvir gewarnt, dass aus allen Richtungen die Soldaten Abu Obeidas, des „Löwen der Qassam“ kommen werden, mit einem Messer in der Hand.<sup>8</sup>

In 9 Fällen wurden antisemitische Vorfälle auf Versammlungen aus dem islamisch/islamistischen Spektrum bekannt. Auf einer Versammlung aus dem islamisch/islamistischen Milieu, die vor der israelischen Botschaft abgehalten wurde, äußerte ein Redner in einem Redebeitrag: „Ganz Palästina ist seit 1948 offiziell besetzt, und es ist unsere Aufgabe und vor Gott unsere Pflicht, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um dieses Land wieder zu befreien von diesem Terrorregime. [...] Israel ist kein starker Staat, er ist ein schwacher Staat, er baut auf dem Blut der Menschen auf, dieser Staat tötet kleine Kinder, dieser Staat hat in seiner DNA unschuldiges Blut, hat in seiner DNA Ungerechtigkeit. [...]“ Auf der Versammlung wurden außerdem antisemitische und terrorverherrlichende Parolen gerufen.

RIAS Berlin dokumentierte außerdem 7 Versammlungen, die dem verschwörungsideologischen Milieu zugeordnet wurden. So beteiligten sich ca. 15 000 Personen u. a. aus dem verschwörungsideologischen, linken und rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum sowie aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus an der Kundgebung des Bündnisses „WeltinFrieden“ am 13. September 2025 am Brandenburger Tor unter dem Motto „Stoppt den Völkermord in Gaza“. Auf der Versammlung wurden zahlreiche antisemitische Vorfälle dokumentiert, die alle von RIAS Berlin erfassten Erscheinungsformen aufwiesen. Ein Teilnehmer zeigte z. B. ein Plakat mit der Aufschrift „Stoppt den Völkermord Israels!!! Netanjahu und Selenski = Nazis des 21. Jh.“. Weitere Plakate zeigten Gleichsetzungen von Israel mit dem Nationalsozialismus.

RIAS Berlin erfasste ferner auf drei Versammlungen aus dem rechtsextremen Spektrum antisemitische Vorfälle. Auf den Versammlungen wurden vor allem

---

8 In dem Lied wird auf Arabisch gesungen: „Und wir sagen zu Netanyahu und Ben-Gvir: Aus deiner Haut werden wir zu dir kommen. Vor deinen Grenzen werden wir zu dir kommen. Vor deinen Grenzen werden wir zu dir kommen. Aus unter dem Wasser werden wir zu dir kommen. Und aus Al-shraiyya werden wir zu dir kommen. Und aus den Trümmern kommt zu dir der Sohn der Qassam, er kommt zu dir. Und aus Trümmern kommt zu dir Abu Ubeida, der Löwe der Qassam, er kommt zu dir. Und aus al-Kabir (Flüchtlingslager) kommt zu dir der Sohn von Yassin. Er kommt zu dir, mein Feind, er kommt. Aus jedem Haus, jeder Gasse und jeder Straße. Er kommt zu dir mit einem Messer in der Hand. Wir sterben, und Palästina lebe. Ganz Palästina gehört uns. Jedes Körnchen darin ist von uns.“

Vorfälle des Post-Schoa-Antisemitismus bekannt. Auf zwei der drei Versammlungen wurde die Schoa verhöhnt. Auf einer der Versammlungen wurde auch der Song „Leve Palestina, krossa sionismen“<sup>9</sup> abgespielt, in dem zur Zerstörung des Zionismus aufgerufen wird. Charakteristisch für rechtsextreme Versammlungen war die Verschränkung antisemitischer Vorfälle mit Rassismus, Antiziganismus und Queerfeindlichkeit.

Versammlungen und andere politische Aktionen wurden häufig in Bündnissen organisiert, in denen Akteur\_innen verschiedener politischer Hintergründe zusammenwirkten. Zu nennen sind z. B. das *Inter-Bündnis* und die *Alliance of Internationalist Feminists*, in denen Gruppen aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum sowie aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus organisiert sind. Dadurch hatten beide Bündnisse vergleichsweise hohen Mobilisierungserfolg. Durch gezielte Kampagnen setzte das *Inter-Bündnis* Themen fest, die durch Mahnwachen und Versammlungen auch in Außenbezirke getragen wurden.

Die *Alliance of Internationalist Feminists* präsentiert sich als anti-koloniales, anti-kapitalistisches und feministisches Bündnis. Die *Alliance* war unter anderem an der Organisation von Versammlungen zum 8. März, im Rahmen der Pride-Demonstrationen am 26. Juli und zum Internationalen Tag gegen patriarchale Gewalt am 25. November beteiligt. Alle drei Versammlungen waren inhaltlich vom Feindbild „Zionismus“ sowie von terrorverherrlichenden Äußerungen dominiert, so dass die eigentlichen feministischen Anlässe in den Hintergrund rückten. So wurde beispielsweise auf der Demonstration am internationalen Tag gegen patriarchale Gewalt die islamistische Terrororganisation Hamas verherrlicht und der 7. Oktober 2023, an dem es zu sexualisierter Gewalt u. a. in Form von Vergewaltigungen und Gruppenvergewaltigungen israelischer Frauen gekommen war, als Sieg gefeiert. Gerufen wurde u. a. auf Arabisch: „Wiederhol, wiederhol, mach weiter, wiederhol, der 7. Oktober, ein neuer Sieg.“

### Erscheinungsformen antisemitischer Inhalte

Elemente des israelbezogenen Antisemitismus wurden auf 232 der 239 dokumentierten Versammlungen mit antisemitischen Vorfällen (97%) festgestellt. Es handelte sich oft um Vorfälle, in denen dem israelischen Staat das Existenzrecht abgesprochen wurde. Auch das Feindbild „Zionismus“ war präsent auf den Versammlungen. Auf dem Großteil der Versammlungen (73%) wurden antisemitische Vorfälle erfasst, bei denen verschiedene Erscheinungsformen gemeinsam auftraten. Häufig kam es zu Überschneidungen zwischen israelbezogenem Antisemitismus und Post-Schoa-Antisemitismus, indem Israel mit dem Nationalsozialismus oder die Situation in Gaza mit der Schoa gleichgesetzt wurden.

---

9 Es handelt sich um ein schwedisches Lied. „Leve Palestina, krossa sionismen“ heißt übersetzt „Es lebe Palästina, zerschlagt den Zionismus“.

Ebenfalls gemeinsam traten häufig israelbezogener Antisemitismus und Antijudaismus auf. So wurde die antijudaistische Assoziation von Jüdinnen\_Juden mit dem Teufel wiederholt auf Israel übertragen, oder es gab durch das Bild des „Kindermörder Israel“ Anspielungen auf die im Mittelalter in Europa verbreitete antisemitische Ritualmord-Legende, der zufolge christliche Kinder von Juden umgebracht und ihr Blut für religiöse Rituale verarbeitet wurden. Diese Verknüpfungen zeigen, wie jahrhundertealte Stereotype des Antijudaismus in Referenz auf Israel und im Kontext tagespolitischer Debatten und Ereignisse aktualisiert werden. Mehr als die Hälfte der von RIAS Berlin dokumentierten Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen (127) enthielt Elemente des Antijudaismus. Dies sind deutlich mehr als im Vorjahr, als etwa ein Drittel (77) der dokumentierten Versammlungen Vorfälle dieser Erscheinungsform aufwies.

Am 16. Oktober wurde auf dem Alexanderplatz eine lebensgroße Kunstinstallation installiert, die an Hind Rajab, ein vom israelischen Militär erschossenes palästinensisches Mädchen, erinnern sollte. In einem zerstörten brennenden Auto lagen mehrere Puppen mit Kufiyas, die mit roter Farbe beschmiert waren. Vor dem Auto stand eine Papp-Installation, die einen israelischen Panzer darstellen sollte, sowie zwei weitere Puppen, die IDF-Soldaten darstellten, die auf das Auto schossen. Beide hatten aufgemalte Gesichter, einer der beiden Soldaten hatte das Gesicht eines Vampirs, aus dem Mund des anderen tropfte Blut. Der Tod des Kindes wird hier folglich in einem Zusammenhang mit dem Trinken von Blut durch dämonisch erscheinende israelische Soldaten gestellt. Dadurch werden zentrale Elemente der antisemitischen Ritualmord-Legende aufgerufen.

Auf 79 Versammlungen wurden Vorfälle dokumentiert, die Elemente des Post-Schoa-Antisemitismus aufwiesen. Häufig bestanden diese Vorfälle in der Gleichsetzung von Israel oder des Zionismus mit dem Nationalsozialismus oder dem Vergleich der israelischen Kriegsführung mit der Schoa. Eine solche Gleichsetzung stellt eine Bagatellisierung und Instrumentalisierung der Schoa dar. Zum Beispiel wurde auf einer Versammlung im Januar unter dem Motto „Stoppt die Aggression in Libanon. Stoppt den Gaza Genozid“ ein Schild mit der Aufschrift „It’s a holocaust“ gezeigt. Ein ebenfalls wiederkehrendes Motiv war, wie bereits im Vorjahr, die Behauptung der Existenz eines deutschen Schuldkults, der zur Legitimierung von Gewalt an Palästinenser\_innen diene, wie es z. B. in dem Slogan „Free Gaza from German guilt“ angedeutet ist. Auf einer Versammlung am 8. Mai äußerte eine Rednerin in Bezug auf die israelische Kriegsführung: „Niemand kann jemals sagen, man habe es nicht gewusst, wie man es früher gesagt hat nach dem Nazi-Deutschland, wo es keiner gewusst haben will“. Deutschland könne nicht „seine Schuld, die Nazideutschland an den Juden auf sich geladen hat, reinwaschen mit dem Blut und dem Leiden und der Vernichtung von Palästinensern.“



▲ **Mitte, 14. Juni:** Schoa bagatellisierendes Plakat auf einer Versammlung.

▼ **Mitte, 13. September:** Antisemitische Täter-Opfer-Umkehr auf einem Plakat auf einer Versammlung.



Auf 51 Versammlungen wurden Äußerungen getätigt, die Jüdinnen\_Juden, Israel oder den „Zionisten“ eine besondere Macht unterstellen; sie wurden der Erscheinungsform des modernen Antisemitismus zugeordnet. Wiederholt wurde die Vorstellung einer „zionistischen“ Kontrolle von Politik, gesellschaftlichen Institutionen oder Medien verbreitet. Jüdische Institutionen oder solche, die sich gegen Antisemitismus positionieren sowie Medieneinrichtungen wurden auf Versammlungen mit dem Vorwurf konfrontiert, Propaganda für die israelische Regierung zu produzieren oder „zionistisch“ zu sein.

Häufige Bildsprache zur Symbolisierung jüdischer Macht war die Darstellung mächtiger Personen als Marionetten, die von Juden gelenkt würden. So wurde im Sommer 2025 mehrfach ein Plakat mit einer Karikatur von Donald Trump gezeigt, der wie eine Marionette an Fäden von Benjamin Netanjahu gelenkt wird.

Othering wurde in antisemitischen Vorfällen auf 35 Versammlungen dokumentiert. Wiederholt dokumentierte RIAS Berlin Fälle, in denen Jüdinnen\_Juden ihre Daseinsberechtigung in Israel abgesprochen wurde und sie dazu aufgefordert wurden, das Land zu verlassen. So äußerte am 29. Oktober ein Redner auf einer Versammlung: „Überall werden wir in unser Land zurückkehren und wir werden diese Besatzung beseitigen, koste es, was es wolle. Die israelischen Siedler sollten schleunigst Palästina verlassen und zurück in ihre Heimatländer zurückzukehren. Sie sollen zurück in ihre Heimatländer zurückkehren und ihre Funktion als Unterdrücker, als Faschisten, als Besatzungsmitglieder lassen.“ In dem Zitat bezieht sich der Redner unspezifisch auf „Palästina“, und die Forderung zur Rückkehr in „ihre Heimatländer“ verweist darauf, dass Israelis allgemein bzw. dass Jüdinnen\_Juden aus Europa und anderen Teilen der Welt gemeint sind, die nach Israel immigriert sind. In diesem Sinne spricht dieser Redebeitrag Jüdinnen\_Juden die Daseinsberechtigung in Israel ab.

In anderen Fällen wurden antisemitische Stereotype, die traditionell gegen Jüdinnen\_Juden gerichtet waren, auf Israel übertragen. Der israelischen Regierung wurden negative Eigenschaften wie Verschlagenheit, Verlogenheit oder Heuchelei vorgeworfen. Bei einer Kundgebung am 22. März am Leopoldplatz äußerte ein Redner: „Knappe 2 Monate Waffenstillstand, und ein Gefangenen austausch und so wie es die Vergangenheit gezeigt hat, vor tausenden von Jahren, und heute auch, hat der israelische Besatzer der internationalen Staatengemeinschaft einen Dolch in den Rücken gesteckt. Er hat die Waffenruhe aufgekündigt, weil er ein Verbrecher ist, weil er in seinen Genen, in seinem Blut, dieses Verräterische, Hinterlistige hat.“ Der Redner suggeriert hier, dass dem jüdischen Blut eine Hinterlistigkeit und die Neigung zum Verrat eigen sei, eine zentrale Behauptung der NS-Rassenideologie. Zudem spielt der Redner auf die antisemitische Dolchstoßlegende an, die u. a. Juden für die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg verantwortlich machte.

- ▼ Friedrichshain-Kreuzberg, 26. Juli:  
Antisemitisches Plakat auf einer Versammlung.



## Terrorverherrlichung im Kontext antisemitischer Vorfälle

Auf 143 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen dokumentierte RIAS Berlin auch terrorverherrlichende Äußerungen. Überwiegend ereigneten sie sich auf Versammlungen, die dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet wurden (116). Wiederholt wurden die Hamas, die Qassam-Brigaden oder deren Führungsfiguren glorifiziert. Am 27. September skandierten die Teilnehmer\_innen einer Versammlung aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus in Kreuzberg in arabischer Sprache:

*„Der 7. Oktober ist ein Feiertag. Der einzige Tag der Gerechtigkeit. Oh ruhmreicher 7. Oktober, der einzige Tag der Gerechtigkeit. Oh 7. Oktober, oh Qassam; kein Rückzug, keine Kapitulation.“*

Am zweiten Jahrestag des 7. Oktober riefen Gruppen aus dem linken/antiimperialistischen Milieu und dem des antiisraelischen Aktivismus zu einer Versammlung unter dem Motto „Generation after generation. Until total liberation“ auf. Die Versammlung wurde verboten, fand jedoch trotzdem statt. Im Ankündigungstext hieß es:

*„Zwei Jahre sind vergangen, seit die Menschen in Gaza die Mauern des größten Freiluftgefängnisses der Welt eingerissen haben. Ihr heldenhafter Ausbruch aus dem Gefängnis überraschte die ganze Welt und erschütterte das zionistische Regime, einen Grundpfeiler der imperialistischen Kontrolle in der Region, in seinen Grundfesten. Am 7. Oktober zeigte der palästinensische Widerstand der Welt, dass es möglich ist die allmächtige zionistische Entität zu besiegen. [...] Ihr mutiger Aufstand hat den Mythos der zionistischen Unbesiegbarkeit zerstört [...] Dieser Tag war kein isoliertes Ereignis, sondern ein gerechtfertigter und unvermeidlicher Bruch mit Jahrzehnten kolonialer Terrorherrschaft Belagerung und ethnischer Säuberung Der Kampf geht weiter [...] Generation für Generation. Bis zur vollständigen Befreiung. Lasst uns am 7. Oktober die Straßen Berlins fluten!“<sup>10</sup>*  
[Fehler im Original]

Häufig wurde in Versammlungskontexten gewaltverherrlichende Bildsprache verwendet. Ein Versammlungsplakat, das zur Teilnahme an einer Kundgebung am 7. Oktober aufrief, zeigte hinter mehreren mit Kufiya verummten Personen einen Paraglider. Paraglider waren am 7. Oktober 2023 von den Terrororganisationen genutzt worden, um nach Israel einzudringen. Ein anderes Versammlungsplakat zeigte im Hintergrund einen Bulldozer, eine Referenz auf die Bulldozer, die am 7. Oktober den Grenzzaun zwischen dem Gazastreifen und Israel einrissen.

---

10 Siehe: <https://www.instagram.com/p/DPbUIPyDQtv/>, Zugriff, 23.04.2026.



▲ **Mitte, 16. April:** Während einer Hörsaal-Besetzung wurde ein Transparent mit einem Schriftzug gezeigt, der Israel das Existenzrecht abspricht.

## Orte des Protests

Wie bereits im Vorjahr ereigneten sich auch 2025 die mit Abstand meisten Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen im Bezirk Mitte (133). Viele solcher Versammlungen wurden auch in den anderen Innenstadt-Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg (36) und Charlottenburg-Wilmersdorf (24) dokumentiert. In Neukölln (21) und Tempelhof-Schöneberg (18) wurden ebenfalls regelmäßig Versammlungen mit antisemitischen Vorfällen verzeichnet.

Auf je drei Versammlungen in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Steglitz-Zehlendorf wurden antisemitische Vorfälle dokumentiert; alle ereigneten sich im Hochschulkontext. Je eine solche Versammlung fand in Lichtenberg und Pankow statt.

Mehrere Versammlungen fanden direkt vor jüdischen oder israelischen Institutionen statt. So wurden auf vier Versammlungen aus dem islamisch/islamistischen Spektrum direkt vor der israelischen Botschaft antisemitische Vorfälle dokumentiert. Eine davon fand während Pessach, einem jüdischen Feiertag, statt. Eine weitere Versammlung, auf der sich antisemitische Vorfälle ereigneten, fand in der Nähe eines jüdischen Gemeindehauses statt.

Im Jahr 2025 wurden 9 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen an Hochschulen dokumentiert (2024: 13). In einzelnen Fällen handelte es sich dabei um Vorträge und Diskussionsveranstaltungen, die an der Hochschule stattfanden und auf denen antisemitische Aussagen fielen, z. B. indem der Krieg Israels gegen die Hamas mit der Schoa verglichen wurde.

Während einer Besetzung eines Hörsaals einer Hochschule in Marzahn-Hellersdorf am 6. Januar wurde u. a. Israel das Existenzrecht abgesprochen und „Zionist\_innen“ bzw. „Zionismus“ wurden als Feindbild dargestellt. So wurde z. B. die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ skandiert. Auch antijudaistische Motive wurden dokumentiert, z. B. eine Postkarte mit der Aufschrift „Zionists are indigenous to hell“. Eine weitere Besetzung ereignete sich am 16. April an einer Universität in Mitte, bei der ein historischer Hörsaal verwüstet wurde. Auch hier wurden antisemitische und terrorverherrlichende Parolen und Schmierereien verzeichnet.

## **Angriffe und Bedrohungen im Kontext von Versammlungen**

Im Kontext von Versammlungen ereigneten sich auch Angriffe und Bedrohungen. Diese fanden vor, während oder nach den Versammlungen statt und richteten sich häufig gegen Demonstrierende, die sich gegen Antisemitismus oder israel-solidarisch positionierten, oder auch gegen Pressevertreter\_innen, welche die Versammlungen journalistisch begleiteten. Insgesamt kam es im Zusammenhang mit Versammlungen zu 7 Angriffen und zwei Bedrohungen, darunter eine Morddrohung.

Am 8. März wurden zwei Pressevertreter\_innen in einem Kreuzberger Café aus einer Gruppe von ca. 7 Personen heraus angegriffen. Die beiden bereiteten die Berichterstattung über die anstehende Versammlung zum feministischen Kampftag vor. Auf dem Weg von der Café-Toilette wurde der Journalist aus der Gruppe heraus als „Zionist“ beschimpft. Weiter fragten ihn die Personen, ob er für „Axel Springer“ arbeite und äußerten die Parole „Zionisten sind Faschisten“. Eine Frau aus der Gruppe versuchte, die Kamera des Journalisten an sich zu nehmen und schlug ihm gegen den Oberkörper. Als die beiden Betroffenen daraufhin versuchten, das Café zu verlassen, wurden sie von mehreren Personen daran gehindert. Dabei wurde einer der beiden an seiner Kleidung festgehalten. Beide schafften es schließlich, das Café zu verlassen, und sie informierten die Polizei.

Am selben Abend wurde ein Versammlungsbeobachter bei der Versammlung mit Tee übergossen.

Am 26. Juli wurde ein Teilnehmender des Christopher Street Days, der eine Regenbogenfahne mit Davidstern trug, von einem ihm unbekanntem Mann angesprochen. Anschließend kamen zwei weitere Männer dazu, einer von ihnen schlug dem Mann mit der Faust auf den Kopf.

Am 23. August beteiligten sich ca. 400 Personen an einer Versammlung aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus am Checkpoint Charlie, etwa 20 Personen beteiligten sich an einer pro-israelischen Gegendemonstration. Eine Gegendemonstrantin, die mit einer Israel-Flagge und einem Plakat, das an die israelischen Geiseln erinnerte, am Rand der Versammlung stand, wurde an der Hand verletzt, als eine Teilnehmerin der Versammlung versuchte, ihr die Flagge und das Plakat zu entreißen. Eine weitere Aktivistin beschmierte die Betroffene zudem mit roter Farbe und entriss ihr die Flagge. Anschließend wurde die Betroffene von mehreren Aktivist\_innen bis in die U-Bahn verfolgt, wo sie bedrängt und beleidigt wurde. Als die Betroffene zum besseren Schutz die U-Bahn verließ, verfolgten zwei der Versammlungsteilnehmerinnen sie nach draußen. Erst als die Betroffene laut um Hilfe rief, entfernten sich die beiden Verfolgerinnen von ihr.

Während der Kundgebung des Bündnisses „WeltinFrieden“ am 13. September am Brandenburger Tor unter dem Motto „Stoppt den Völkermord in Gaza“ wurde von ca. 10 Personen eine Gegenkundgebung, die solidarisch mit iranischen Oppositionellen und israelsolidarisch war, auf der anderen Seite des Brandenburger Tors abgehalten. Nachdem die Großkundgebung beendet war, strömten viele der Teilnehmenden in Richtung des S-Bahnhofs und liefen dabei an der Gegenkundgebung vorbei. Im Zuge dessen wurde die Gegenkundgebung u. a. mit „Kindermörder“ beschimpft. Die Teilnehmenden der Gegenkundgebung wurden außerdem von zwei Männern bespuckt.

Bedrohungen und Angriffe haben eine einschüchternde Wirkung und erschweren eine journalistische Begleitung von Versammlungen. Auch Angriffe auf Gegendemonstrierende oder Personen mit sichtbarer jüdischer oder israelischer Symbolik dienen der Einschüchterung und stellen Jüdinnen\_Juden, Israelis sowie Personen, die sich gegen Antisemitismus oder israelsolidarisch positionieren vor die Frage, ob sie sich diesem Risiko aussetzen möchten oder können.

### **Auswirkungen auf Jüdinnen\_Juden und auf jüdisches Leben in Berlin**

Wiederholte öffentliche Befürwortungen antisemitischer Gewalt, die Legitimierung von Terror sowie das Glorifizieren der Massaker vom 7. Oktober 2023 waren 2025 im Kontext zahlreicher Versammlungen und damit auch im öffentlichen Raum präsent. Dies kann sich auf das Sicherheitsgefühl von Jüdinnen\_Juden sowie Israelis auswirken und dazu beitragen, dass die Sichtbarkeit der eigenen jüdischen Identität im öffentlichen Raum eingeschränkt wird oder bestimmte Orte gemieden werden.

Die hohe Zahl von Versammlungen macht entsprechende Inhalte in der Stadt vermehrt sichtbar und hörbar. An den Universitäten sind jüdische Studierende mit Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen unmittelbar konfrontiert. Bei einer Universitäts-Besetzung an einer Hochschule in Marzahn-Hellersdorf kam es zu zahlreichen antisemitischen Vorfällen. So wurde auf einer ausgehängten Programmübersicht der Besetzung vermerkt, „Zios“ seien nicht willkommen – eine Forderung nach dem Ausschluss von Hochschulangehörigen aus universitären Räumen, weil sie das nationale Selbstbestimmungsrecht von Jüdinnen\_Juden befürworten.

In Reaktion auf diese Situation regte sich 2025 sichtbarer Einspruch gegen die Duldung antisemitischer Äußerungen und Taten. Jüdinnen\_Juden und andere Akteur\_innen engagierten sich in vielfältiger Weise gegen Antisemitismus und Gewaltverherrlichung. Aktionen gegen Antisemitismus wie beispielsweise die Besetzung des Plenariums des Allgemeinen Studierendenausschusses der TU durch jüdische und nicht-jüdische Studierende sorgten dafür, dass antisemitische Äußerungen und Handlungen nicht unwidersprochen blieben.

# Beispiele

## **Extreme Gewalt**

Als extreme Gewalt werden physische Angriffe oder Anschläge gewertet, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu der Kategorie gehören auch Fälle von Kidnapping, Messerangriffen oder Schüssen.

**Mitte, 21. Februar:** Ein Mann attackierte einen Touristen im Stelenfeld des Denkmals für die ermordeten Juden Europas und verletzte ihn lebensgefährlich mit einem Messer an der Kehle. Der Täter suchte gezielt diesen Ort auf, da er davon ausging, dort würde sein Messerangriff mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Juden treffen. Nach der Tat rief er dem Opfer „Allahu Akbar“ hinterher und versteckte sich im Tiergarten, bevor er sich der Polizei stellte. Das Opfer wurde notoperiert und überlebte den Mordversuch nur knapp.

## Angriffe

Als Angriff wird jeder körperliche Angriff auf eine oder mehrere Personen gewertet, der nicht lebensbedrohlich ist und keine schweren körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen es den Betroffenen gelingt, sich dem Angriff durch Verteidigung oder Flucht zu entziehen. Als Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (etwa Steinen, Flaschen etc.) gewertet, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen.

**Neukölln, 6. Januar:** Ein Mann, der mit zwei Bekannten ein Gespräch über Israel und Palästina führte, in dem er auch seine jüdische Herkunft erwähnte, wurde von einem in der Nähe stehenden Mann angegriffen. Der Angreifer rief die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ und schubste den Betroffenen zu Boden. Einer der Bekannten griff ein und konnte weitere Gewalt vonseiten des Angreifers verhindern.

**Friedrichshain-Kreuzberg, 22. Januar:** Während einer Vorführung des Filmes „September 5 – The Day Terror Went Live“ kam ein junger Mann in den Kinosaal, rief etwas wie „Schieß Israel“ und warf eine Flasche, durch die eine Frau am Kopf getroffen wurde. Der Film handelt von dem Attentat bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München, mit der Geiselnahme und Ermordung von Mitgliedern der israelischen Olympia-Mannschaft durch die palästinensische Terrororganisation Schwarzer September.

**Spandau, 30. März:** Ein Mann beleidigte zwei Nachbarn über den Balkon hinweg mit antisemitischen Parolen und versuchte anschließend, die beiden Personen mit einem Stuhl zu schlagen. Er gab gegenüber der Polizei an, von einem der beiden Nachbarn ebenfalls beleidigt worden zu sein.

**Charlottenburg-Wilmersdorf, 8. August:** Ein Mann, der eine gelbe Anstecknadel zur Erinnerung an die von der Hamas festgehaltenen Geiseln trug, wurde von einem ihm unbekanntem Mann im Bus angesprochen und u. a. gefragt, ob er Zionist sei. Nachdem er dies bejaht hatte, schrie der Mann laut „Kindermörder“. An der nächsten Bushaltestelle griff er den Hut des Betroffenen und lief aus dem Bus hinaus.

**Friedrichshain-Kreuzberg, 20. Dezember:** Auf einer Versammlung, auf der es auch zu antisemitischen Vorkommnissen kam, wurde ein Pressevertreter von einem Mann bedrängt und beschimpft. Kurz darauf kam eine Frau auf ihn zu und schlug gegen seine Hand und die Aufnahmetechnik.

## Gezielte Sachbeschädigungen

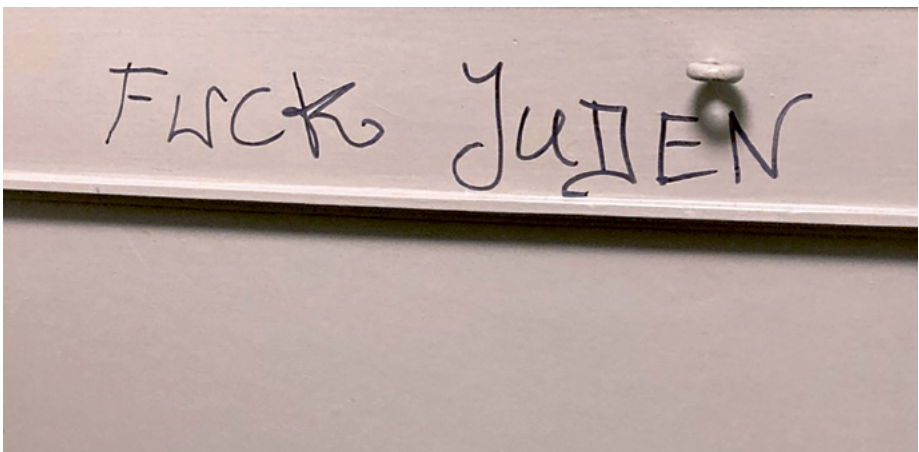
Als gezielte Sachbeschädigungen werden antisemitische Graffiti oder Symbole, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie sonstige Beschädigungen am Eigentum von Jüdinnen\_Juden oder jüdischer Einrichtungen oder auch als solches wahrgenommenes, gewertet. Auch Beschädigungen von Schoa-Gedenkortern gelten als antisemitische Sachbeschädigungen.

▼ **Berlin, 15. Januar:** In einem Wohnhaus wurde auf einer Tür zum Hinterhaus, wenige Meter neben der Wohnungstür eines jüdischen Bewohners des Hauses, die Schmiererei „Fuck Juden“ entdeckt.

**Lichtenberg, 28. Januar:** Neben einem Altkleidercontainer wurden zwei zerstörte Gedenkkränze gefunden, die am Vortag anlässlich des Gedenkens zum 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am Gedenkstein der ehemaligen Synagoge Hohenschönhausen niedergelegt worden waren.

**Charlottenburg-Wilmersdorf, 26. März:** Über mehrere Stolpersteine wurde mit schwarzer Farbe „Dresden“ gesprüht.

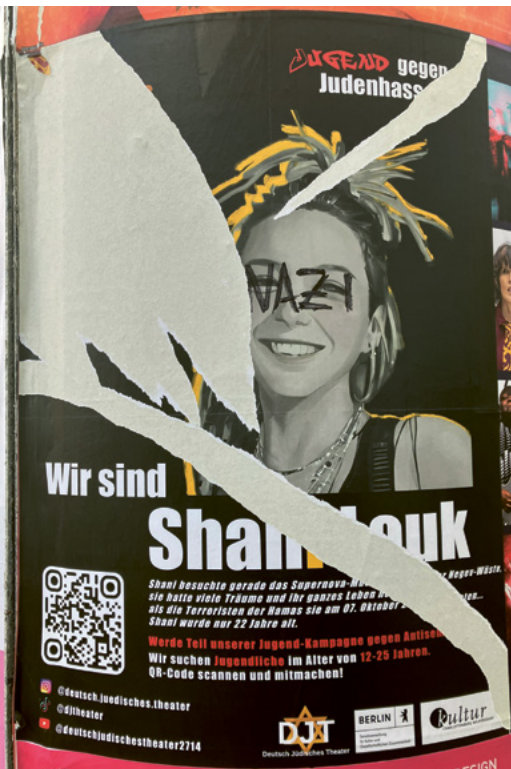
**Mitte, 10. April:** Die Informations- und Gedenkstele für Otto und Elise Hampel auf dem Vorplatz des Rathaus Wedding wurde beschmiert. Auf der Vorderseite zeigt die Stele in Reproduktion den Originaltext einer Postkarte, mit der das Ehepaar zum Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime aufrief: „Wache auf! Wir müssen uns von der Hitlerei befreien.“ Darunter schrieb jemand mit schwarzem Stift „& vom Zionismus!“



**Reinickendorf, 14. Juni:** Ein vermeintlich jüdischer Nachname auf einem Klingelschild wurde zerkratzt.

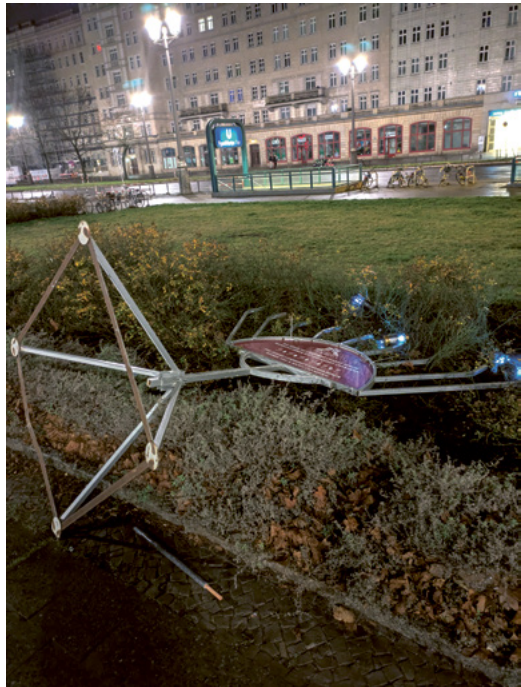
**Mitte, 24. Juli:** Am Mahnmal zur Erinnerung an die Deportationen von Berliner Jüdinnen und Juden an der Putlitzbrücke wurde eine Hakenkreuzschmiererei entdeckt.

- ▼ **Mitte, 30. September:** Ein Plakat der Kampagne „Jugend gegen Judenhass“ des Deutsch-Jüdischen Theaters mit einem Bild der am 7. Oktober 2023 von der Hamas ermordeten Shani Louk wurde beschädigt. Ein Teil des Plakats wurde abgerissen und auf das Gesicht wurde das Wort „Nazi“ geschrieben.



**Pankow, 9. November:** Kerzen und Blumen, die zum Gedenken an die Novemberpogrome vom 9. November 1938 aufgestellt worden waren, wurden zertreten und zerfleddert.

- ▼ **Friedrichshain-Kreuzberg, 20. Dezember:** Ein in der Nähe des Frankfurter Tors aufgestellter Chanukka-Leuchter wurde umgestoßen und dabei beschädigt.



## Bedrohungen

Als Bedrohung gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Sachen. Die konkrete Adressierung ist gegeben, wenn die Bedrohung sich gegen eine bestimmte Person, eine bestimmte Personengruppe oder eine bestimmte Institution richtet.

**Online, 16. April:** Eine NS-Gedenkstätte wurde über das Online-Buchungssystem mit folgender Nachricht bedroht: „Ihr dreckigen Lügner! Ihr Schweine gehört abgebrannt! Correctiv-Schweine, ihr korrupten Verbrecher ihr gehört aufgeknüpft!“

**Treptow-Köpenick, 10. Mai:** Drei weibliche Jugendliche gingen abends durch den Wald, als vier männliche Jugendliche hinter ihnen anfangen „Heil Hitler“ zu rufen. Sie schrien die Jugendlichen mehrfach an, dass sie ihre Taschenlampen ausmachen sollten. Die kamen der Aufforderung jedoch nicht nach, woraufhin sie als „Judenpack“ bezeichnet wurden und ihnen zugerufen wurde, dass sie vergast werden sollten.

**Neukölln, 4. September:** Auf einem Parkplatz gab ein Mann lautstark antisemitische Beschimpfungen von sich. Als eine Frau ihn ansah, schrie er sie an: „Du bist so ein Jude, verdammter Jude.“ Nachdem sie sagte, dass er aufhören solle, rannte der Mann aggressiv auf sie zu. Sie konnte sich mit dem Fahrrad entfernen.

**Tempelhof-Schöneberg, 29. September:** Eine Frau, die Sticker gegen Antisemitismus anbrachte, wurde von einem Mann zunächst angepöbelt. Dann verfolgte er sie im Auto und machte aus dem Auto heraus die Geste des Halsabschneidens.

**Neukölln, 1. Oktober:** In Neukölln tauchte ein Flyer mit der Aufschrift „Make Zionists afraid“ auf. Es zeigte Namen und Gesichtern der Betreiber\_innen einer Kneipe, die sich gegen Antisemitismus positioniert. Über den Gesichtern ist jeweils ein rotes Dreieck abgebildet, darunter steht in Großbuchstaben „WANTED“. Weiter heißt es in dem Flyer: „Wir wollen, dass diese drei für immer schweigen und als Warnung für alle Zionisten in Berlin und Neukölln gelten können“.

## Verletzendes Verhalten

Die Kategorie verletzendes Verhalten umfasst sämtliche Vorfälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text oder das Gesprochene antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren umfasst diese Kategorie schriftliche oder verbale antisemitische Aussagen, die sich gegen nichtjüdische Institutionen und Personen richten, sowie antisemitische Graffiti oder Aufkleber an nichtjüdischem Eigentum.

**Mitte, 25. Januar:** Auf einer Versammlung wurde der Zionismus in einem Redebeitrag als „Krebsgeschwür“ bezeichnet, von dem die Menschheit geheilt werden müsse.

- ▶ **Lichtenberg, 9. Februar:** Eine Politikerin der Partei „Die Linke“ wurde auf einem Wahlplakat mit der Schmiererei „Judenpack“ antisemitisch markiert.

**Online, 04. April:** Unter dem Social-Media-Beitrag einer jüdischen Organisation kommentiert ein\_e User\_in: „Warum gehen die lieben Juden nicht einfach nach Israel wo sie hingehören, wie es ihre Bibel sagt.“ Der\_die User\_in äußert sich zudem rassistisch.

**Marzahn-Hellersdorf, 28. Mai:** Am S-Bahnhof Ahrensfelde wurde ein Aufkleber mit der Aufschrift „Befreie dich vom Schuldskult“ entdeckt.

- ▶ **Treptow-Köpenick, 11. Juni:** An einer Wand wurde ein Davidstern mit roter Farbe so übermalt, dass er blutverschmiert aussieht.

**Neukölln, 17. Juni:** In einer S-Bahn zeigte ein Mann den Hitlergruß. Er soll außerdem gesagt haben: „Auf Gaza-Demos dürfen die gegen Juden sein und wir Neonazis dürfen das nicht. Das verstehe ich nicht.“



Erststimme  
**Ines Schwerdtner**

JUDEN  
PARK

Am 23. Februar ~~☒~~

**Die Linke**

oder 3  
www.

**Reinickendorf, 26. Juni:** Am Schäfersee wurden Schmierereien entdeckt, die sich feindlich gegen Linke und Punks richteten. Dazu wurde geschrieben: „Soros bezahlt“.

**Tempelhof-Schöneberg, 6. Juli:** Auf einer Versammlung trug eine Person ein Schild, auf dem US-Präsident Trump als Marionette des israelischen Premierministers Netanyahu dargestellt ist.

- ▼ **Steglitz-Zehlendorf, 14. Juli:** Vor einem studentischen Café in einem Universitätsgebäude wurde auf einem Plakat eines Dialogprojektes zur Situation in Gaza der Schriftzug „Juden töten Kinder!“ geschrieben. Derselbe Slogan fand sich auch noch auf einem anderen Plakat an einer Plakatwand im Foyer der Mensa der Uni.

**Mitte, 8. August:** Auf dem Weg zur Synagoge wurde einem religiös gekleideten Mann aus einem Autofenster „Scheiß Jude“ zugerufen.

**Online, 15. August:** Eine jüdische Person erhielt eine E-Mail, in der Abtreibung mit Auschwitz und der Schoa gleichgesetzt wird.

**Online, 17. September:** Eine Person, die einen Social-Media-Post zu einem am 7. Oktober 2023 auf dem Nova-Festival ermordeten Familienmitglied teilt, erhielt mehrere Direktnachrichten einer Person, die u. a. mit Bezug auf den Krieg in Gaza die Schoa befürwortet und außerdem schreibt, dass Israel nicht existieren dürfe.





▲ **Pankow, 5. Oktober:** Auf einem Laternenpfahl wurde eine Schmiererei entdeckt, die einen Davidstern und ein Hakenkreuz gleichsetzt.

**Friedrichshain-Kreuzberg, 9. Oktober:** Eine Person in der Kluft von Handwerksgesell\_innen auf Wanderschaft (schwarzer Hut, schwarzes Jackett/ Hose und weißes Hemd) stand in einem Bus, als ein Mann in der Nähe mehrmals das Wort „Jude“ murmelte und begann, Grunzlaute von sich zu geben,

nachdem die Person sich zu ihm umgedreht hatte. Auf die Frage, ob das eine antisemitische Beleidigung sein solle, begann der Mann eine antisemitische und rassistische Hasstirade mit Äußerungen wie: „Jetzt werde ich hier als Deutscher in meinem eigenen Land diskriminiert. Scheiß Juden, alles Verräter. Überall nur Ausländer. Ich werde diskriminiert in meinem eigenen Land. Deutschland den Deutschen. Die Juden sollen zurück nach Israel gehen.“ Andere Fahrgäste sagten ihm, er solle den Mund halten; der informierte Busfahrer sprach lediglich eine Verwarnung aus.

#### **Charlottenburg-Wilmersdorf,**

**7. November:** Als eine Frau in Vorbereitung auf den Gedenktag zum 9. November 1938 Stolpersteine putzte, suchte ein Mann mit ihr das Gespräch. Er echauffierte sich, dass es ein Unding sei, das sie die Steine putze, während im Gazastreifen ein Völkermord geschehe. Als die Frau ihn fragte, was die Menschen hinter den Stolpersteinen mit der Situation in Gaza zu tun hätten, antwortete er ärgerlich: „Weil das alles das gleiche Pack ist.“

**Mitte, 9. November:** Am Hauptbahnhof wurde ein Rabbinatsstudent in einem Geschäft von einem Mann angestarrt. Der angehende Rabbiner fragte, ob alles in Ordnung sei. Der Mann fragte ihn, ob er aus Israel sei, was er verneinte. Daraufhin antwortete der Mann „Besser so“ und teilte ihm mit, dass er aus Palästina stamme. Als der Rabbinatsstudent das Geschäft verließ, rief ihm der Mann „Free Palestine, du Hurensohn!“ nach.

# Begrifflicher Rahmen und Kategorien

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Berlin im Laufe eines Jahres bekannt wurden, werden von den Mitarbeiter\_innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Gestalt, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Berlin zu treffen. Antisemitische Straftaten und Vorfälle, die von der Polizei oder Justiz nicht als strafbar erachtet werden, werden ebenfalls nach den verschiedenen Vorfälltypen systematisiert.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS Berlin an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese wurde von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert.<sup>11</sup> Darüber hinaus nutzt RIAS Berlin zur Orientierung die von der IHRA verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.<sup>12</sup> Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Berlin zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.<sup>13</sup>

RIAS Berlin analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle verschiedene Kategorien: Vorfälltypen, Gruppen von Betroffenen, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschauliche Hintergründe.

## Vorfälltypen

RIAS Berlin unterscheidet je nach Art und Schwere des Vorfalls sechs verschiedene Vorfälltypen. Diese Typen wurden ursprünglich vom Community Security Trust (CST) in Großbritannien entwickelt und später von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren des Eigentums von Jüdinnen\_Juden oder jüdischer Einrichtungen mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die

---

11 Vgl. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), Arbeitsweisen. <https://report-antisemitism.de/rias-berlin> (Zugriff am 07.10.2021).

12 Ebd.

13 Vgl. Natan Sharansky, 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization, in: Jewish Political Studies Review 16 (2004) 3–4. <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/> (Zugriff am 07.10.2021).

Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, also z. B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten gelten auch Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc. Als **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – dies geschieht meistens online.

RIAS Berlin erfasst zudem auch proaktiv **Versammlungen** mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Das umfasst Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Dieses Monitoring bezieht sich jedes Jahr auf zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall vom Typ verletzendes Verhalten registriert. Kommt es bei oder am Rand einer Versammlung zu Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils einzeln als zusätzlicher antisemitischer Vorfall registriert.

### **Betroffene**

RIAS Berlin unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Jüdinnen\_Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen wie beispielsweise Journalist\_innen oder Politiker\_innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen Institutionen handelt es sich zum einen um religiöse oder weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen. Zum anderen können auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie als jüdisch wahrgenommene bzw. adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als eine Betroffene.

Nicht zuletzt gibt es auch Vorfälle, denen RIAS Berlin keine direkt Betroffenen zuweist. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern, Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

### Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Berlin bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im **antisemitischen Othering** werden Jüdinnen\_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden. Im **antijudaistischen Antisemitismus** werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen\_Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wird Jüdinnen\_Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmithen, so wird dies dem **modernen Antisemitismus** zugerechnet.

**Post-Schoa-Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden. **Israelbezogener Antisemitismus** liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird. In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

### Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Berlin klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund eines antisemitischen Vorfalls oder der dafür Verantwortlichen. Diese Zuordnung ist nicht immer möglich und erfolgt nur, wenn sie sich aus der Selbstbezeichnung der Verantwortlichen oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen eindeutig ableiten lässt. Weil solche Informationen oft fehlen, werden viele antisemitische Vorfälle keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet. Bei der Zuordnung unterscheidet RIAS Berlin sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Hier ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener

rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellungen von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft.

Rechtspopulismus fungiert als Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus. Dieser bedient sich vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Der Rechtspopulismus fordert im Unterschied zum Rechtsextremismus keine Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern beabsichtigt deren autoritäre Umformung und Aushöhlung. Zudem wird Rechtspopulismus als bestimmte Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die auf eine scharfe Abgrenzung zu (vermeintlichen) politischen Eliten zielt, sich aber zugleich zumindest formal auch von rechtsextremen Positionen und Akteur\_innen abgrenzt.<sup>14</sup>

Als **links/antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Unter **christlich/christlicher Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums), bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islamverständnisse, darunter auch islamistische.

Einem **verschwörungsideologischen** Milieu werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen im Vordergrund steht und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

---

14 Für eine ausführlichere, an den Politologen Hans-Gerd Jaschke angelehnte Definition des Begriffs Rechtsextremismus siehe Bundesverband Mobile Beratung (BMB), Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Inhaltliche und methodische Grundsätze, hier S. 16. [https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb\\_grundsaeetze\\_DinA5\\_web.pdf](https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb_grundsaeetze_DinA5_web.pdf) (Zugriff am 02.04.2021).

Auch für das Milieu des **antiisraelischen Aktivismus** gilt, dass es teilweise nicht eindeutig politisch zugeordnet werden kann: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählen beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist\_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die keinem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zugeordnet werden können und bei denen die Verantwortlichen zugleich für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

# Meldestelle für antisemitische Vorfälle

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) wurde 2015 als bundesweit erste zivilgesellschaftliche Anlaufstelle für Betroffene und Zeug\_innen von antisemitischen Vorfällen ins Leben gerufen. Seitdem hat RIAS Berlin ein stadtweites Meldenetzwerk für antisemitische Vorfälle aufgebaut.

Bei Bedarf vermittelt RIAS Berlin professionelle Beratungsangebote für Betroffene, deren Angehörige oder Zeug\_innen von Antisemitismus und macht die Perspektiven der Betroffenen sichtbar.

Die dem Projekt bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle werden systematisch dokumentiert und ausgewertet. Die erhobenen Daten und Analysen veröffentlicht das Projekt jährlich in dem Bericht „Antisemitische Vorfälle in Berlin“ und erstellt so das umfassendste Lagebild über den Antisemitismus in Berlin.

Das Projekt sensibilisiert auf diese Weise Öffentlichkeit, Politik, Justiz und Polizei für aktuelle Erscheinungsformen und Betroffenenperspektiven und schafft konkrete Ansatzpunkte für zivilgesellschaftliches solidarisches Handeln.

**Antisemitische Vorfälle können jederzeit unter [www.report-antisemitism.de](http://www.report-antisemitism.de) gemeldet werden.**









Recherche- und Informationsstelle  
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

## Unsere Angebote

Vertrauensvolle Annahme anonymer  
Meldungen antisemitischer Vorfälle

Vermittlung von weitergehenden  
Unterstützungsangeboten (juristisch,  
psychologisch, politisch sowie  
Betroffenen- und  
Antidiskriminierungsberatung)

Unterstützung bei Anzeigenstellung

Unterstützung bei öffentlicher  
Kommunikation der Erfahrungen

Informationen und Analysen  
zu aktuellen Ausdrucksformen  
des Antisemitismus

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen  
antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite [www.report-antisemitism.de](http://www.report-antisemitism.de)  
oder die Telefonnummer **030/817985821** mitteilen.

[facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin](https://facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin)

[instagram.com/rias.berlin](https://instagram.com/rias.berlin)

RIAS Berlin ist ein Projekt des

**vdK**

verein für demokratische kultur in berlin –  
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

